

***[Aufsuchende]* Politische Bildung im Kontext von Jobcentermaßnahmen und Bürgergeldbezug.**

**Konzepte. Ideen. Netzwerke
// Ch. Herrmann**

Dokumentation des Modellprojektes,
gefördert von der Bundeszentrale für
politische Bildung

Laufzeit 01.08.2024 – 31.12.2024

Projektträger und Herausgeber
Bildungs- und Begegnungsstätte
Nell-Breuning-Haus e.V., Herzogenrath

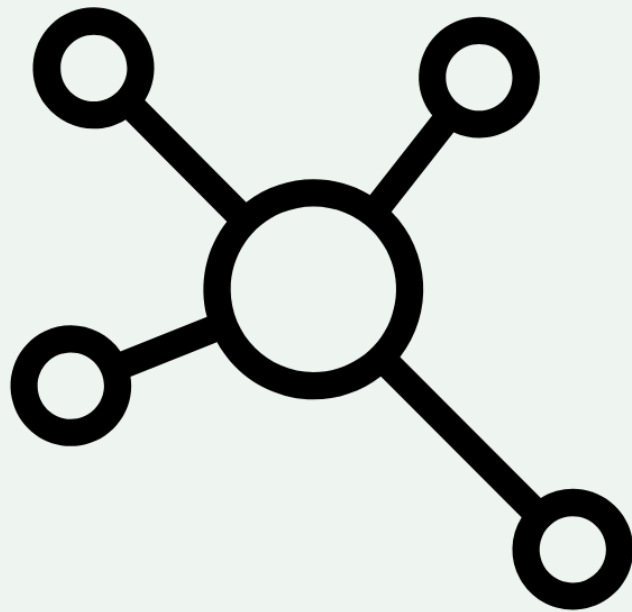


Gefördert
durch die



Bundeszentrale für
politische Bildung





Die Verknüpfung von Ich und Welt

(frei nach Humboldt)

Inhaltsverzeichnis

Einleitung.....	5
Von der Unsichtbarkeit zur Einflussnahme.....	9
A – Regionale Netzwerke und ihre Konzepte im Austausch.....	12
Motivation.....	15
<i>Motivation der Teilnehmenden.....</i>	<i>15</i>
<i>Motivation der Sozialarbeiter*innen bzw. politischen Bildner*innen.....</i>	<i>16</i>
<i>Motivation der Arbeitgeber*innen.....</i>	<i>17</i>
Profit.....	18
<i>Profit für Teilnehmende an Angeboten.....</i>	<i>18</i>
<i>Profit für Mitarbeitende/Arbeitgeber von Maßnahmenträgern</i>	<i>19</i>
Wirkung (aufsuchender) politischer Bildung.....	20
<i>Wirkung auf die Teilnehmenden.....</i>	<i>20</i>
<i>Wirkung auf die Bildungs- und Fürsorge- und Verwaltungseinrichtungen.....</i>	<i>20</i>
Best Practices – Was es schon gibt und erfolgreich ist. Drei Beispiele aus der Region.....	21
1. Der Verein Amos und der Volksverein Mönchengladbach (Johannes Eschweiler, Vorstand und ehrenamtlicher Geschäftsführer sowie Beiratsmitglied).....	22
2. „Bürgergeld trifft Politik“ (Pro Arbeit e.V., Dr. Christina Herrmann, Vorstandsvorsitzende).....	24
3. „Teilen macht reich“ und „Peilung verloren?“ – Beispiele politischer Bildungswochen mit Langzeitarbeitslosen (Kristina Hamm, Fachbereichsleitung Nell-Breuning-Haus).....	27
Resümee(s) des regionalen Workshops.....	29

B – Bundesweite Partner und ihre Konsequenzen (Th. Hohenschue/Ch. Herrmann).....	32
Konzepte. Ideen. Netzwerke – Wie geht es weiter und wer ist dabei?.....	32
Sieben Eckpunkte für ein Rahmenkonzept „Politische Bildung im Kontext prekärer Lebenslagen“	34
Einige Punkte zum Weiterdiskutieren.....	35
Folglich geht es weiter.....	37
Anhang.....	38
Einladungen Workshop regional und bundesweit.....	38
Tagesstrukturen Workshops regional und bundesweit.....	42
Tagesstruktur Workshop regional.....	42
Programm „Von der Unsichtbarkeit zur Einflussnahme“ regionaler Workshop im Nell-Breuning-Haus, Herzogenrath am 11.10.2024.....	42
Tagesstruktur Workshop bundesweit.....	44
Programm „Von der Unsichtbarkeit zur Einflussnahme“, 12.-13.12.24 in Fulda.....	44
Beispiele und Programme aufsuchender politischer Bildung des regionalen Workshops.....	45
„Teilen macht Reich!“.....	45
„Peilung verloren!? - Gesellschaft im Wandel“.....	50
Berichterstattung zum bundesweiten Workshop in Fulda am Do. 19. Dez. 2024 auf der Webseite des Nell-Breuning-Hauses (Th. Hohenschue).....	57
Impressum.....	59

Einleitung

Viel ist die Rede davon, dass benachteiligte Gruppen für politische Bildungsprozesse gewonnen werden müssen. Verstärkt wird diese Aufforderung durch sozialwissenschaftliche Analysen zu den aktuellen politischen Geschehnissen. Aber wie sichtbar sind langzeitarbeitslose Menschen im öffentlichen Raum? Sind sie als Demokratiegestalter*innen gewollt? Und wie arbeiten Einrichtungen des öffentlichen Lebens politisch bildend mit dieser Zielgruppe? Tun sie das überhaupt und falls nicht, ist das nicht in höchstem Maße demokratiegefährdend?

Das sind nur einige der Fragen, denen wir in dem Projekt nachgegangen sind. Ziel des Projektes war es, im Gespräch mit Betroffenen, Einrichtungen der politischen Bildung sowie der sozialen Arbeit Möglichkeiten auszuloten, wie Menschen in prekären Lebens- und Arbeitslagen adressiert werden können und wie ihr Potential für politische Bildungsprozesse erschlossen werden kann.

Den Ausgangspunkt bildeten für uns zwei Thesen, die wir aufgrund unserer langjährigen Erfahrungen mit der Zielgruppe, in unseren Kundenbeziehungen zu Jobcentern und als Lobbyisten für Menschen in prekären Lebenslagen in unseren Netzwerken gemacht haben.

Erste These: Das Lernen von langzeitarbeitslosen Menschen untersteht im öffentlichen Raum stets einer Gewinnerzielungspraxis für den Arbeitsmarkt. Diese Lernprozesse finden selten auf Augenhöhe mit den Lernenden statt (SGB II Grundsatz des „Fördern und Fordern“).

Politische Bildung ist dabei explizit ausgeklammert oder bleibt ein Randthema. Allenfalls werden sozialarbeiterische Angebote als politische Bildung deklariert oder für diese gehalten. In Maßnahmen der Jobcenter für diese Zielgruppe hat die Integration in den Arbeitsmarkt – und die Beseitigung etwaiger Hemmnisse auf dem Weg dorthin – oberste Priorität. Denn dies ist ihr öffentlicher, gesetzlicher Auftrag. Warum also dort

politisch bilden? Widerspricht dies nicht ihrem Kernauftrag? Und führt es am Ende nicht gar zum Widerstand der nun „Erwachten“, so lauteten einige der oft rezitierten Befürchtungen?

Vereinzelte exemplarische Aktivitäten jedoch zeigen, dass politische Bildung im Kontext von Jobcenterangeboten und Bürgergeldbezug (zwangsläufig, weil dorthin offiziell zugewiesen) Langzeitarbeitslose unbedingt erreichen kann. Sie erhöht, so unsere zweite These, ihre gesellschaftliche Partizipation, stärkt ihre Demokratiekompetenz, schafft Integration und beugt bestenfalls demokratiefeindlichen Gesinnungen und Handlungen vor, wenn sie aufsuchend ist. Außerdem verändert sie langfristig ein System der öffentlichen Verwaltung von Arbeitslosigkeit und Armut. Es könnte sich also für beide Seiten lohnen, aufsuchende politische Bildung mit Maßnahmen der Jobcenter zu verknüpfen.

Doch bisher gibt es diese Angebote nur sehr vereinzelt und von wenigen Anbieter*innen. Und diese sind oft nicht im Auftrag des Jobcenters unterwegs, sondern als gewachsene politisch bildende Beschäftigungsträger oder ehrenamtliche Lobbyisten. Entsprechend gering sind der Grad ihrer Vernetzung und ihre politische Durchschlagskraft, wenn es darum geht, einen politischen Anspruch aus ihrer Arbeit abzuleiten. Die Ohnmacht ihrer Klientel ist vielfach so auch ihre eigene. Fehlende Mittel verhindern nicht selten Angebote aufsuchender politischer Bildung in diesem Feld.

Diese zweite These hat auch etwas mit unseren Erfahrungen und denen unserer Netzwerkpartner zu tun, nämlich die, die wir/sie mit Langzeitarbeitslosen in diversen Bildungssettings machen konnten. Eine passende Zusammenstellung des Selbsterlebens dieser Zielgruppe findet sich in einem Beitrag des Soziologen Franz Schultheis in der 2019 veröffentlichten Studie „Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort.“, in dem er Interviews mit Langzeitarbeitslosen auswertet:

- „Das Gefühl der Ausgrenzung und des Abgehängt-Seins
- Die Angst vor weiterem sozialen Abstieg durch Abbau sozialer Sicherungen
- Scham und Peinlichkeit die eigene Lage betreffend
- Ein Gefühl erlittener massiver sozialer Ungerechtigkeit
- Ohnmachtsgefühle hinsichtlich empfundener bürokratischer Willkür
- Das Gefühl, nur Bürger oder Bürgerin zweiter Klasse zu sein
- Verlust an stabilisierenden normativen Orientierungen
- Vertrauensverlust in gesellschaftliche Institutionen mit Rückzug in die Privatsphäre.“¹



Abb 1: Link zur Studie

Langzeitarbeitslose Menschen beginnen, je länger sie im Grundsicherungsbezug sind, aus der Öffentlichkeit zu verschwinden. Die wenigsten finden sich in formalen Bildungskontexten wieder. Es sei denn, sie werden beispielsweise als berufliche Fördermaßnahmen gefördert oder dienen als Sprachkurs, Umschulungsmaßnahme, Berufsvorbereitung bei Beschäftigungsträgern ihrer (Wieder)eingliederung in den Arbeitsmarkt oder ihrer gesundheitlichen Stabilisierung.

Aufgrund des von Langzeitarbeitslosen vermuteten Gap zwischen den Erwerbstätigen, „die den Luxus haben“, sich Bildungsangebote auszusuchen und ihnen, die offensichtlich nicht genug können, um erwerbstätig zu sein, bleiben sie den Angeboten der (politischen) Bildung in Bildungseinrichtungen fern. Der politischen Bildung wird in einer Erstbegegnung oft genug unterstellt, sie sei ein Instrument, sie „gefügig“ zu machen. Der „Politik“ wird unterstellt, dass sie als Langzeitarbeits-

¹In: <https://studie-nichtwaehler.de/downloads/Unerhoert-Langzeitarbeitslose-Nichtwaehler-melden-sich-zu-Wort.pdf>, S. 15f.; aufgerufen am 02.12.24.

lose noch nie im Blickfeld der Politiker*innen gestanden hätten – dies ist auch nicht ganz falsch, zumindest jenseits von Wahlveranstaltungen. Der Nutzen politischer Bildung für ihr Leben wird negiert, nicht nur von ihnen selbst. Franz Schultze schreibt in seiner Interview-Studie dazu:

„Eine große Mehrheit der Befragten ist politisch interessiert, sowohl im Handeln, als auch, was das Wissen über Parteien, politische Konstellationen und Zusammenhänge angeht. Es zeigt sich, dass (Langzeit-)Arbeitslose durchaus über ein breites Wissen zu politischen Themen verfügen. Jedoch führt die gefühlte fehlende Responsivität der Politik zu drei großen Problemen. Zum einen besteht kaum Vertrauen den Politikern gegenüber. Zum Zweiten wird an deren Lösungskompetenz für real existierende Probleme gezweifelt, und drittens wird den Volksvertretern durch die Nichtwahl die Legitimation verweigert.“²

So führen ihr Misstrauen und ihre Vorannahmen zu Beteiligungslosigkeit und ihre Beteiligungslosigkeit zur Exklusion. Die sog. Mitte-Studie bestätigt die Wahrnehmungen und Deutungen der Langzeitarbeitslosen in unseren Angeboten aufsuchender politischer Bildung, hierzu ein Kommentar des Sozialpsychologen Andreas Zick aus der Studie „Die distanzierte Mitte“ von 2023:

„Insbesondere die einkommensschwächeren Befragten sehen sich persönlich (48 %), Menschen wie sich (57 %) oder auch das Land (62 %) »stark« oder »sehr stark« von Krisen betroffen. Treffen individuelle und kollektive Betroffenheit aufeinander (geteilte Unsicherheit; vgl. Breakwell 2021), geht mit größerer Wahrscheinlichkeit die Bewältigung der Krise mit einer gesellschaftlichen Abschottung einher. Menschen öffnen sich (antidemokratischen) Angeboten, welche exklusive Vorteile und Vorrechte für

²In: <https://studie-nichtwaehler.de/downloads/Unerhoert-Langzeitarbeitslose-Nichtwaehler-melden-sich-zu-Wort.pdf>, S. 55; aufgerufen am 02.12.24.

die »Eigengruppe«, Sicherheit und Ordnung versprechen (vgl. auch Freiheit et al. 2023).“³

Damit stellt sich für politische Bildner*innen die Frage nach der Erreichbarkeit der Zielgruppe, den Formaten und Inhalten umso dringlicher, wenn, wie von dem Erziehungswissenschaftler Helmut Bremer (2020) formuliert, für Menschen in prekären Lebenslagen politische Bildung der klassischen Formate ein „Auswärtsspiel“ und sicher kein Heimspiel ist.

„Gerade bei benachteiligten Milieus vollziehen sich politisches Interesse und Engagement oft außerhalb der etablierten Bahnen (Bremer und Pape 2017) und folgen einem «unsichtbaren Politikprogramm» (Calmbach und Borgstedt 2012), das es dann zu entdecken gilt. Eine Unterscheidung in «politisch» und «unpolitisch» übersieht die Kämpfe um die Deutungshoheit über «das Politische», und dass wir es mit komplexen Mechanismen des Selbst- und Fremdausschlusses aus dem «politischen Spiel» zu tun haben (Bremer 2012).“⁴

Von der Unsichtbarkeit zur Einflussnahme

Wenn also Langzeitarbeitslose aus genannten Gründen in formalen Kontexten politischer Bildung nicht zu finden sind, könnte aufsuchende politische Bildung sie eventuell gewinnen. Aufsuchend wäre sie z.B. in Jobcentermaßnahmen, doch dort findet sie kaum statt, die Maßnahmen zielen gemäß gesetzlichem Auftrag auf Integration in den Arbeitsmarkt. Aufsu-

³Zick, A., Küpper, B. Mokros, N.(Hg.): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn 2023, in: <https://www.fes.de/index.php?eID=dumpFile&t=f&f=91776&token=3821fe2a05aff649791e9e7ebdb18eabdae3e0fd>, S. 361; aufgerufen am 02.12.24.

⁴Bremer, H.: Bildungseinrichtungen als öffentliche Räume. Perspektiven in der politischen Erwachsenenbildung (Böll.Brief Öffentliche Räume # 7, 2020), in: https://www.boell.de/sites/default/files/2020-11/boell_brief_Oeffentliche-Raeume_07_Bildungseinrichtungen-als-oeffentliche-Raeume.pdf, S. 10; aufgerufen am 02.12.24.

chende politische Bildung wird eher durch Einrichtungen (mit)geleistet, die nicht selten selbst finanziell in Nöten sind, aufgrund ihres sozialarbeiterischen Zugangs aber eine große Nähe zur Zielgruppe hat. Die Akteure und Organisationen, Netzwerke und Lobbyisten, die die wenigen bestehenden Angebote umsetzen, wissen oft nicht voneinander und sind bis auf große wohlfahrtliche Träger auch nicht miteinander vernetzt.

Was muss also geschehen, damit aus der Unsichtbarkeit Sichtbarkeit und aus dem Auswärtsspiel ein Heimspiel wird? Dazu analysierte das Projekt zunächst verschiedene Ursachen für die fehlende oder sehr zurückhaltende politische Partizipation von Menschen in prekären Lebenslagen, insbesondere von Langzeitarbeitslosen.

Bisher gelingt es nur unzureichend, den von den Betroffenen wahrgenommenen Gap zwischen alltäglichen und strukturell begründeten Herausforderungen und den angebotenen Formaten politischer Bildung zu schließen. Dies führt zu Exklusion und Nichtteilnahme von Menschen in prekären Lebenslagen und wirkt sich so letztlich demokratiegefährdend aus.

So war es ein zentrales Anliegen des Projektes nicht nur die Expertise der Akteure und Organisationen einzuholen, sondern parallel auch deren Vernetzung zu fördern. Da der Austausch über Formate, strukturelle Hemmnisse und Gelingensbedingungen bisher kaum stattfindet, liegt hier ein selbstwirksamer Ansatz zur erfolgreichen Arbeit mit der Zielgruppe, unabhängig davon, wie Behörden und staatliche Einrichtungen ihre Aufgaben definieren.

Das Projekt konnte in zwei Workshops, die sich als Angebots-Werkstätten und als initiatorische Räume künftiger Vernetzung verstanden, Akteure und Träger zunächst regional und dann bundesweit zusammenbringen. Die Workshops ermöglichten den Austausch zu bestehenden Angeboten und warfen Ideen zu weiteren aufsuchenden Formaten auf. Wichtig war die dialogische, kreative Begegnung der Beteiligten. Erarbeitet wurden auf Basis der gesammelten Erfahrungen Faktoren des

Gelingens und auch Scheiterns solcher Formate und Settings. Dies alles sollte neben der Netzwerkbildung der Akteure und Träger auch zu einem fundierten Aufbau sowie der Verstärkung weiterer Projekte und Angebote politischer Bildung für diese Zielgruppe führen.

Beide Workshops haben sich erfolgreich zu (bereits existenten) Angeboten der aufsuchenden politischen Bildung ausgetauscht, die auf Dauer ein „Heimspiel“ ermöglichen helfen, deren Lehrende sich der für sie selbstverständlichen etablierten Bahnen bewusst sind und auf unreflektierte Deutungshoheiten des Politischen verzichten können, um nicht ein weiteres Mal sich und andere zu exkludieren. Der bundesweite Workshop hat den Bedarf nach weiterer Zusammenarbeit der Träger aufgezeigt, weitere Vereinbarungen zu Rahmenbedingungen aufsuchend politischer Bildung bei Trägern werden nach Projektende erarbeitet und vertieft auf einer Arbeitstagung im Juni 2025.

Die Beteiligung der Jobcenter, regional wie bundesweit, war ein must have, konnte aber real aufgrund von Krankheit und Arbeitsaufkommen nicht abgesichert werden. Damit fehlte die Antwort der Jobcenter, ob sich und wie sich der Grundsatz des Förderns und Forderns mit der zuvor genannten nicht exkludierenden Weise politischer Bildung verträgt. Ob sich das System verändern kann, damit die vorhandenen Machtasymmetrien und Ohnmachtserfahrungen der Langzeitarbeitslosen nicht in neuen Formaten perpetuiert werden⁵ - die Antwort gaben sich die Träger des bundesweiten Workshops am Ende selbst.

Das Projekt war das Startsignal für eine bundesweite engere Zusammenarbeit derjenigen, die aufsuchend politisch bildend mit Langzeitarbeitslosen unterwegs sind und jenen, die angeregt durch das Projekt Angebote erstellen möchten. Das Pro-

⁵Zu den Gelingensbedingungen aufsuchender politischer Bildung wurde auch die Antragstellerin für die Demokratiewerkstatt Stolberg 2021 befragt, der 8-Punkte-Katalog findet sich in: Berliner Landeszentrale für politische Bildung (Hg.): Aufsuchende Politische Bildung. Eine Bestandsaufnahme in Deutschland 2021. Berlin 2021, 39-43.

jekt bot eine erste Zusammenstellung von existierenden Angeboten, Erfolgsfaktoren, aber auch von Widerständen und Fehlversuchen war die Rede. Ein besonderer Fokus lag dabei auf den aufsuchenden Angeboten und Projekten, die (auch im Kontext von Jobcentermaßnahmen) von Einrichtungen und Beschäftigungsträgern durchgeführt wurden und werden.

Die Zusammenschau und kritische Würdigung des vorliegenden Materials der beiden Workshops sind erste Grundlage für das Netzwerk und seine verstetigende Arbeit. Wie sich die Arbeit des Netzwerkes in Zukunft gestaltet und organisiert, ist dem moderierten Prozess der Workshops nach Projektende zu verantworten. Die Zusammenarbeit und der Austausch in Workshops mit Werkstattcharakter bietet sich insofern an, als es hier um kreative Arbeit auf Augenhöhe mit den Teilnehmenden geht. Es ging und geht zukünftig um Entwicklungsperspektiven neuer Settings aufsuchender politischer Bildung, die auch eine kreative, ermöglichende Form der Moderation erfordern, eine, die genügend Prozessfreiraum für das Entwickeln und den Austausch lässt. Hierzu wurden in diesem Modellprojekt mit Erfolg die ersten konzeptionellen und verbindlichen Schritte unternommen.

A – Regionale Netzwerke und ihre Konzepte im Austausch

Der regionale Workshop fand mit 20 Teilnehmenden im Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath statt. Der Projektträger hatte bekannte Akteure aus arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen, kirchliche Arbeitsloseninitiativen, Lobbyverbände der Erwerbslosenarbeit, Träger von Beschäftigungsinitiativen und das Jobcenter eingeladen. Der eingeladene Kreis entstammte den Regionen Aachen, Mönchengladbach, Krefeld, Düren und Heinsberg. Alle Akteure der Erwerbslosenarbeit sind seit mindestens 10 Jahren im Feld tätig und engagiert, vielfach miteinander vernetzt, nicht alle regelmäßig über Maßnahmen der

Jobcenter finanziert. Die meisten profitieren von einer Mischfinanzierung aus staatlicher Förderung, Spenden und ehrenamtlichen Leistungen, einige können auch auf gewerbliche Einnahmen zurückgreifen. Etwa 90% sind in Wohlfahrtsverbänden vertreten und auf Landes- oder Bundesebene organisiert, 30 % arbeiten aufgrund ihrer Klientel mit dem Landschaftsverband Rheinland zusammen. Und natürlich gibt es bei den meisten eine enge Zusammenarbeit mit Kammern, Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften und Kommunen. Eine intensive Zusammenarbeit mit der Landeszentrale für politische Bildung ist nur für das NBH bekannt, gleiches gilt für die Förderung und Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung.

Angesichts des Projektzieles waren eine Vergewisserung und ein Verständnisabgleich zum Begriff der Politischen Bildung geradezu ein Muss. So haben die Moderator*innen zunächst auf einer tag-Wand die vom Plenum eingebrachten Beiträge gesammelt und geordnet.

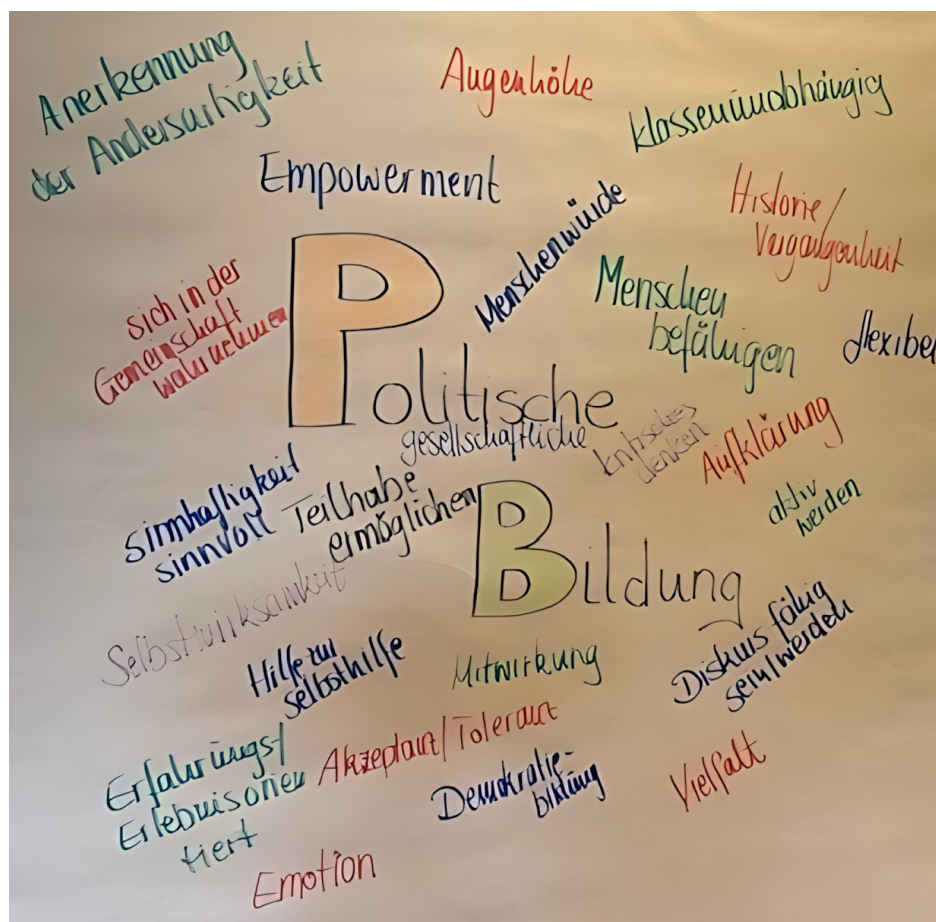


Abb 2: Foto Ch. Herrmann

Die meisten Begriffe kreisen faktisch um die Gelingensfaktoren Politischer Bildung von der Teilnehmendenorientierung bis zur Empathie mit den Teilnehmenden. Im weitesten Sinne haben die Teilnehmenden des Workshops sich in ihren Beiträgen an den drei Punkten des Beutelsbacher Konsenses kritisch abgearbeitet, ohne ihn direkt zu benennen. Inhaltlich soll Politische Bildung sich an den gesellschaftlichen Diskursen beteiligen und vor allem für mehr Demokratie sorgen, indem sie die Menschen aufklärt, sie zu unabhängigen Urteilen führt. Das wiederum erzeugt langfristig mündige Teilhabe an allen gesellschaftlichen Prozessen. Dass Politische Bildung keinesfalls belehrend, zensierend auftreten darf, im Sinne schulischer Bildung, war für alle Teilnehmenden selbstverständlich.

Vielmehr soll ihr Ausgangspunkt die Erfahrungen und Erlebnisse der Teilnehmenden sein, nicht abstrakte Wissensvermittlung, sondern nah an den biografischen Kontexten der Teilnehmenden. Wissensvermittlung bezieht sich dann auf jene Informationen, die es braucht, um den „Durchblick“ zu bekommen, sich wehren zu können und selbst aktiv zu werden, statt passiv alles



Abb 3: Link
Beutelsbacher Konsens

über sich ergehen zu lassen. Hier findet sich der Ansatz der kritischen Theorie etwa in der Fortschreibung und Anwendung auf die politische Bildung durch Helmut Bremer.

Eine längere Diskussion ergab sich bei der Frage, wie politische Bildung mit dem emotionalen Set ihrer Teilnehmenden umgeht, also ob besonders aufsuchende politische Bildung nicht viel mehr Rücksicht auf Kränkungen und Demütigungen in Folge von Unterdrückung in Teilnehmenden-Systemen nehmen müsse und damit wirksamer wäre. Hier stand klar die Abgrenzung zur reinen Wissensvermittlung in Bildungsprozessen im Vordergrund. „Bildung, die nicht ankommt, weil sie die Gefühle nicht ernst nimmt“ und weil sie Herrschaftsattitüde reproduziert.

In einem weiteren Schritt des Workshops haben sich die Teilnehmenden mit der Worldcafé-Methode zu drei Fragestellungen in Kleingruppen zusammengesetzt. Die Fragen wurden vom Projektträger eingebracht und nicht im Workshop entwickelt:

1. Wie **motiviere** ich meine Teilnehmenden und mit welcher Motivation komme ich zu Angeboten politischer Bildung?
2. Was ist mein **Profit** und was der meiner Teilnehmenden?
3. Wie zeigt sich **Erfolg/Wirksamkeit** von Angeboten politischer Bildung?

Im Rahmen des Workshops haben wir entlang der Kategorien: *Teilnehmende*, *politische Bildner*innen* und *Arbeitgeber*innen* **Motivationslagen**, **Profit** und **Wirkungsansätze** herausgearbeitet.

Motivation

*Motivation der **Teilnehmenden***

In den drei Runden zum Thema Motivation waren mit Blick auf die Frage, was Teilnehmende motivieren könnte, folgende Punkte zentral:

- (1) Der **niedrigschwellige Zugang** zu den Angeboten. Angebote müssen örtlich nicht nur gut mit dem ÖPNV erreichbar sein, sondern vor allem ohne große formale und finanzielle Hürden besuchbar sein. Abschreckend seien Angebote, die eine schwierige Anmeldeprozedur haben und für die bei den „Ämtern“ erst wieder finanzielle Förderung aufgetan werden müsste, bevor man sie sich leisten kann. Man nimmt diese Prozedur nur auf sich, wenn es einen hohen Bedarf gibt und sie sichtbare Ergebnisse zeigt, wie etwa die Mitnahme eines Zertifikates am Ende des Angebotes. Natürlich sollten auch die sprachlichen Hürden nicht allzu hoch sein, so dass auch Menschen mit geringeren Deutschkenntnissen profitieren. Unter sprachlicher Hürde wurde aber auch eine zu intellektuelle

Sprache verstanden, die nicht zum Lebensalltag der Teilnehmenden passt.

Überhaupt ist (2) die **Brauchbarkeit für den (Arbeits)alltag** ein wesentliches Kriterium für die Wahrnehmung von Angeboten politischer Bildung. Inhalte sollen im Leben praktisch verwertbar und anwendbar sein.

Ein zentraler Punkt war auch (3) **die Lernumgebung an sich**. Die Menschen müssen sich willkommen fühlen, ein offenes Ambiente soll herrschen.

Die einzelnen Prozesse oder Vorgehensweisen müssen (4) **transparent** für die Lernenden sein und keine „Raketenwissenschaft“: „Wer wenig weiß, fühlt sich schnell überrumpelt“.

Lernen in aufsuchend politischer Bildung soll aber anders als in Maßnahmen oder schulischen Kontexten auch (5) **Spaß** machen. Unter Spaß wurde die Lernumgebung als auch das emotionale Angebot für die Teilnehmenden verstanden.

Wenn Teilnehmende einfach nur mal (6) **ihren Alltag verlassen dürfen**, so wäre schon viel erreicht.

Hinzu kommt aber noch ein weiterer Aspekt – und vielleicht lässt sich das auch als (7) **solidarisierender Effekt** beschreiben: War man zu Beginn noch allein, vielleicht auch eher ohnmächtig und hilflos, so hat man am Ende „Mitreiter*innen“ gefunden, ist stärker in der Durchsetzung seiner Anliegen geworden.

*Motivation der **Sozialarbeiter*innen bzw. politischen Bildner*innen***

Für die politischen Bildner*innen in solchen aufsuchenden Settings steht nach Meinung der drei Gruppen des Worldcafés

(1) **Beziehungsgestaltung** ganz oben in der Frage der eigenen Motivation. Darüber hinaus möchten sie

(2) den Teilnehmenden aber auch **Visionen anbieten**.

Darunter verstanden sie Inputs, die sie ihren Teilnehmenden

den in Form von Dialogen mit Expert*innen offerieren,
d. h. mehr Wissen in Konfrontation mit Alltag(swissen).

Motivation der **Arbeitgeber*innen**

Als Arbeitgeber*innen möchten sie für ihre Mitarbeitenden der Sozialarbeit mit Angeboten der politischen Bildung **Personalentwicklung** betreiben. Ihre Mitarbeiter*innen sollen sich politisch austauschen und informieren dürfen, auch um zu erfahren wie ihre Klientel „so tickt“ und wie sie angemessen auf gewisse Dinge reagieren können.

Für die Teilnehmenden des Worldcafés sind Sozialarbeit und politische Bildung keine trennscharfen Settings, auch inhaltlich gibt es für sie kaum Unterschiede.

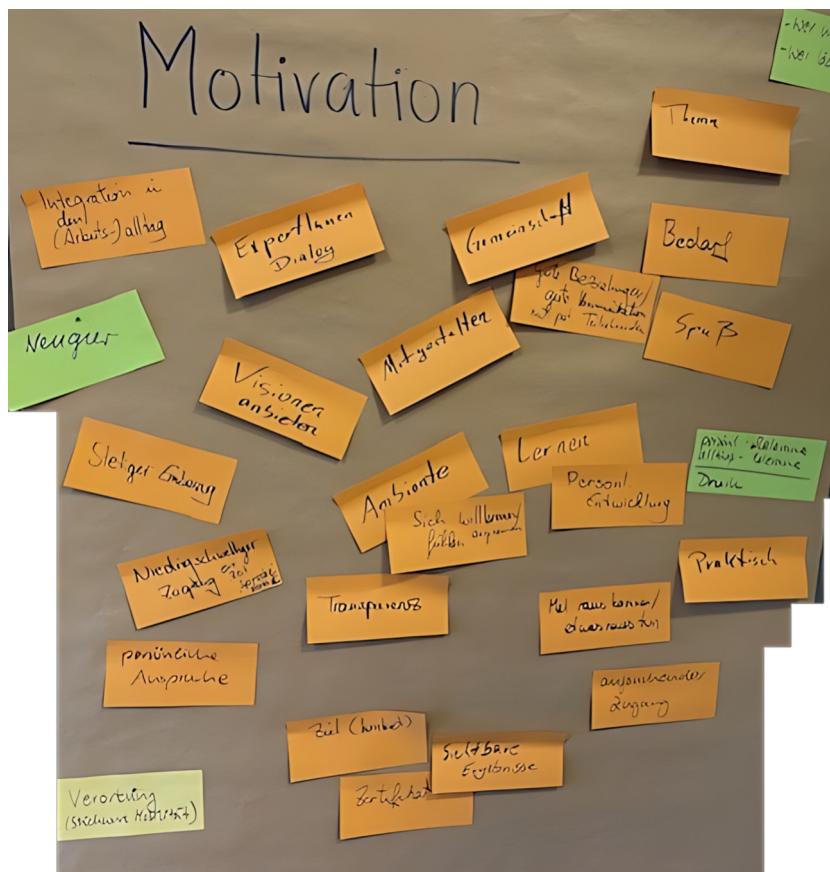


Abb 4: Foto Ch. Herrmann

Profit

*Profit für **Teilnehmende an Angeboten***

Den größten Profit eines Angebotes (aufsuchender) politischer Bildung für ihre Teilnehmenden sehen die Workshopbesucher*innen in

(1) der (wiedererlangten) Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Dazu gehört u. a. die wichtige Erhaltung ihrer Referenzsysteme. Dahinter steht die Annahme, dass Langzeitarbeitslose, je länger sie im Bezug der Regelleistungen sind, sich immer weiter isolieren, Freunde und Familie verlieren, also gesellschaftliche Teilhabe aufgrund finanziellen Mangels und aufgrund ihres Schamgefühls und der erlebten Ohnmacht immer stärker einbüßen.

Politische Bildung erhöht (2) die Wahrscheinlichkeit, dass die Menschen **sich wieder „gesehen fühlen“**,

dass sie (3) ihre **Ängste abbauen** können

und im Proberaum der politischen Bildung erlernen, (4) **ihre Stimme zu erheben, Missstände zu benennen**. Aus der Ohnmacht und Lethargie wird konkretes Tun, um die Verhältnisse, in denen sie leben, verändern zu können.

Dazu aber ist es unabdingbar, dass die Teilnehmenden auch (5) **„Wissen mitnehmen“**,

(6) **Zusammenhänge erkennen lernen** und

(7) **der Zerfaserung ihres Alltages entgehen**.

Von Seiten der Workshopteilnehmenden wurde über diese direkten Profite hinaus, darauf hingewiesen, dass Systeme wie Jobcenter, Ausländeramt, Sozialamt und Maßnahmeträger vielleicht vorübergehende finanzielle Sicherheiten mit ihren Leistungen wie Bürgergeld, Teilhabepakete etc. bieten, aber sie schaffen auch Abhängigkeiten im Dschungel der Förderungen und Forderungen. Jede Leistung erfordert eine Gegenleistung. Zu erkennen wie gesellschaftliche Teilhabe bzw. Nichtteilhabe mit diesen zusammenhängen, sei ein wertvoller Effekt politischer Bildung und stärke das Gefühl der Selbstwirksam-

keit der Langzeitarbeitslosen. Identitätsbildung und Persönlichkeitsbildung ist ein Erfolg von aufsuchender politischer Bildung für Menschen in prekären Lebenslagen, wobei sich kontinuierliche Angebote oder solche, die auch den Wechsel an erholsame Orte (quasi wie Bildungsurlaub) ermöglichen als besonders gewinnbringend eingestuft wurden.



Abb 5: Foto Ch. Herrmann

Profit für **Mitarbeitende/Arbeitgeber von Maßnahmenträgern**

Für Mitarbeitende von Maßnahmenträgern und Menschen, die sozialarbeitend mit dieser Klientel arbeiten, bringt (aufsuchende) politische Bildung

- (1) ein **zusätzliches Handwerkszeug für ihre tägliche Arbeit.**

Gleichzeitig (2) schaffen die Angebote unter den Mitarbeitenden eine **neue Solidarität und Verbundenheit in der schwierigen Arbeit**.

Sie geben (3) **Raum für den politischen Austausch**, der im Alltag der Arbeit kaum zu haben ist, außer eventuell in Fallbesprechungen oder der Supervision, dort aber liegt die Priorität eher in dem Erhalt der Arbeitsfähigkeit.

Angebote politischer Bildung (4) **steuern also auch der Zerfaserung der Mitarbeitenden entgegen**.

Wirkung (aufsuchender) politischer Bildung

*Wirkung auf die **Teilnehmenden***

Wenn man von einer Wirkungskaskade ausgeht, so steht die aktive Zivilgesellschaft an der Spitze mit ihren immer mündiger werdenden Bürgern*innen, d. h. es werden nun auch die aktiver, die am Rand standen, sich nicht beteiligen wollten oder vor allem nicht konnten.

Im besten Fall gelungener politischer Bildung (1) werden diese Teilnehmenden noch **Multiplikator*innen und selbst Anbieter*innen informeller politischer Bildung**.

Gleich danach folgt auf der persönlichen Ebene (2) die **Verbesserung der Lebensqualität und Selbstwirksamkeit**.

Politische Bildung ermöglicht (3) **Denk- und Handlungsanstöße**, die dazu führen, dass die Teilnehmenden aus der Lethargie des Versorgtwerdens zur Selbstfürsorge gelangen.

*Wirkung auf die **Bildungs- und Fürsorge- und Verwaltungseinrichtungen***

Auf der nächsten Ebene schließlich (4) **verändern sich die fördernden und fordernden Systeme wie Jobcenter etc.**

Wenn politische Bildung stimmfähig macht und die Menschen sprachfähig werden, geben sie das in ihre Hilfesysteme zurück

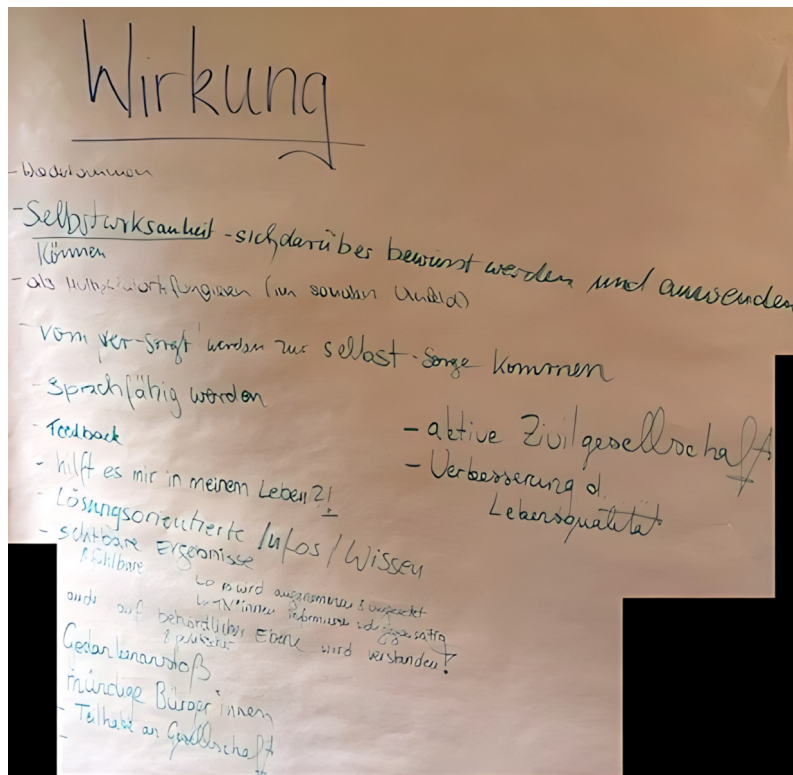


Abb 6: Foto Ch. Herrmann

und erzeugen Veränderung, zunächst vermutlich Widerstand. Bei zunehmender Mündigkeit ihrer Klientel, die Rückfragen und Kritik erzeugt, wird die widerspruchlose Annahme aller behördlichen Entscheidungen zunehmend schwieriger. Wer sich politisch gegen Willkür zu wehren weiß und sich solidarisch verbunden, schafft neue Realitäten staatlicher (Für)sorge, so die These der Workshopteilnehmenden.

Best Practices – Was es schon gibt und erfolgreich ist. Drei Beispiele aus der Region

Mit den hier exemplarisch genannten drei Beispielen guter Praxis aus unserem Workshop möchten wir allen Leser*innen, die etwas ausprobieren möchten, noch Anregungen suchen oder mit den Beteiligten in einen Dialog treten möchten, dazu Gelegenheit geben. Denn genau darum geht es in unserem Projekt: mehr Möglichkeiten für den Austausch schaffen im

Feld der aufsuchenden politischen Bildung mit Menschen in prekären Lebenslagen, dazu von erfolgreichen Beispielen und erfolgreicher Vernetzung profitieren, das eigene Netzwerk vergrößern – eben: von der Unsichtbarkeit zur Einflussnahme.

Die folgenden drei Beispiele lieferten den inhaltlichen Input zum regionalen Workshop. Sie schilderten sowohl Best Practice, wie auch offene Fragen und Ambivalenzen. So wirkten sie als Katalysator der vertieften Gruppendiskussion.

1. Der Verein Amos und der Volksverein Mönchengladbach (Johannes Eschweiler, Vorstand und ehrenamtlicher Geschäftsführer sowie Beiratsmitglied)

Amos entstand 2006 als Reaktion auf Massenentlassungen und Neustrukturierungen in der Gegend um Heinsberg an der niederländischen Grenze. Wachsende Armut aufgrund von Arbeitslosigkeit im ländlichen Raum, starker Zuzug von Menschen aus Griechenland, der Türkei und Portugal, die Entstehung von Armutsvierteln und Versorgungsengpässen waren durch kommunale Einrichtungen nicht mehr zu bewältigen. So entstanden auch mit den Arbeitsagenturen Projekte gegen die Erwerbslosigkeit und im Zentrum der Armut eine Beratungs- und Begegnungsstätte für Menschen in Not. Schritt für Schritt entstanden ein Lebensmittelladen für Bedürftige, ein Shop mit gespendeten Sachmitteln und vieles mehr mit ehrenamtlicher Hilfe. Aufgrund der Fülle an Aktivitäten, Liegenschaften etc. beschloss der Vorstand, aus Amos eine Genossenschaft zu machen, was der Verein bis heute ist. Der Verein setzt sich politisch vor allem für sog. Live Ins (Pflegen und Mitwohnen bei den Patient*innen) und Wanderarbeiter*innen ein, die auf den landwirtschaftlichen Flächen um Heinsberg als Erntehelfer*innen zur Erntezeit eingeflogen werden. Und Erntezeit ist inzwischen fast das ganze Jahr hindurch. Eines der Herzstücke ihrer politischen Arbeit mit großer Reichweite sind die täglichen Frühstücke von 09.00-11.00 Uhr, wo neben der Begegnung auch politische Arbeit stattfindet. Eingeladen sind oft Gäste, die sich rechtlich, wirtschaftlich und verwaltungstechnisch mit den Themen der Wanderarbeiter*innen und Langzeitarbeitlo-

sen und ihren Familien auskennen. So profitieren alle. Im monatlichen Café Respekt wird vor allem der Austausch für die Live Ins organisiert und gepflegt, da diese in den Haushalten oft isoliert und viel zu oft ohne jede Kenntnis ihrer Rechte ausgebeutet werden. Information und Begegnung schaffen hier Abhilfe. An drei Wochentagen gibt es noch das Café International, wo sich vor allem die schon Anfang der 2000er Zugezogenen und die seit 2015 Geflüchteten miteinander austauschen können und auch externe Beratung finden. Weitere Infos unter: www.amos-hs.de (zuletzt besucht am 02.12.24).

Der Volksverein Mönchengladbach hat seine Wurzeln im "Volksverein für das katholische Deutschland" (1890-1933), der sich für christlich-gewerkschaftliche Arbeit fördernd einsetzte und ebenso für sog. Konsumgenossenschaften für Arbeiter*innen. Sie verstehen sich selbst als Keimzelle des frühen sozial-politischen Katholizismus. Die NS-Diktatur machte dem Verein ein Ende und erst 1974 sollte durch den Katholikentag in Mönchengladbach die alte Idee widerbelebt werden. 1983 wurde dann der neue Volksverein gegründet und sein zentrales Thema war die Arbeitslosigkeit und seine Folgen, hier natürlich als Antwort auf den Untergang der Textilindustrien am Niederrhein. Leitsatz des neuen Volksvereins ist „Teilen macht reich“, bei einer überdurchschnittlich hohen Arbeitslosenrate in Mönchengladbach bleibt die Arbeit und Finanzierung eine Herausforderung, nicht zuletzt wurde aus diesem Grund dem Verein noch eine Stiftung an die Seite gestellt. Der Volksverein ist seit seiner Erstgründung immer auch auf politische Arbeiterbildung ausgerichtet gewesen, heute wie damals verfügt der Verein über ein eigenes Bildungsprogramm, wozu auch politische Bildungswochen gehören, die der Volksverein mit dem Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath durchführt. Teilnehmende sind die im Volksverein in Projekten, Läden und Werkstätten beschäftigten Langzeitarbeitslosen. Diese erhalten im „14 Stunden Programm“ einen Job im Volksverein, wo sie an 14 h der Woche verschiedene Berufsfelder ausprobieren können und dazu Hilfe und Tipps für den Arbeitsmarkt bekom-

men. 34% Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt macht sie erfolgreich. Dies liegt nach Ansicht des Geschäftsführers vor allem an der Ganzheitlichkeit des Angebotes, welches der Volksverein bietet. Es geht nicht nur um den Erwerb von Teilqualifikationen oder um reine Beschäftigung, um der Beschäftigung willen. Im Mittelpunkt der Beratung und der Arbeit stehen alle Lebensumstände des Teilnehmenden und dies führt auch zu politischen Bildungsangeboten, die der gesellschaftlichen Partizipation und dem Empowerment dienen. Weitere Infos und auch das Bildungsprogramm finden sich unter: www.volksverein.de (zuletzt besucht am 02.12.24).

2. „Bürgergeld trifft Politik“ (Pro Arbeit e.V., Dr. Christina Herrmann, Vorstandsvorsitzende)

Der Verein Pro Arbeit ist ein Zusammenschluss von Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern der seit 30 Jahren in der Region Stadt und Kreis Aachen, jetzt StädteRegion Aachen aktiv für die Rechte arbeitsloser Menschen und ihrer Familien eintritt. Die Träger in Pro Arbeit haben zumeist einen christlich-kirchlichen Entstehenshintergrund, zwei Vertreter*innen der Kirchen sind auch geborene Mitglieder des Vorstandes. Finanziert wird der Verein aus Mitgliedsbeiträgen und einem Spendenfond der beiden Kirchen. Pro Arbeit bietet in unregelmäßigen Abständen selbst politische Veranstaltungen an, an deren Themenfindung und Vorbereitungen Langzeitarbeitslose aus den Jobcentermaßnahmen der Trägereinrichtungen beteiligt sind und ebenso sind viele der Träger mit eigenen politischen Bildungsangeboten in der Öffentlichkeit präsent. Allen gemeinsam ist das Ziel, möglichst aktuell auf politische Entscheidungen zum Themenkreis Arbeitsmarktentwicklung und -integration, Lebensumstände von Menschen in Maßnahmen, Förderungen und Kürzungen reagieren zu können. Dabei gibt es immer auch eine gute Abstimmung und Verständigung mit der städteregionalen Jobcenterleitung, die ohnehin zu regelmäßigen Gesprächen mit dem Vorstand von Pro Arbeit einlädt.

Seit 2010 legt Pro Arbeit regelmäßig zu allen Wahlkämpfen des Landes NRW oder des Bundes eine Veranstaltung auf mit



Abb 7: Plakate Politik trifft Hartz IV, Gestaltung & Layout: x7, Ulrike Stehling

dem Titel „Hartz IV trifft Politik“ oder „Hartz IV im Landtag“ oder nun „Bürgergeld trifft Politik“. Hier beispielhaft zwei der ursprünglichen Ankündigungsplakate, die die Beteiligten in der gesamten StädteRegion in allen (öffentlichen) Einrichtungen, Fußgängerzonen, Ladenlokalen etc. platzierten.

Die Veranstaltungen lassen sich gut vorbereiten, da die Termine zumeist lange im Voraus bekannt sind. Im Falle dieser Reihe hat es ein halbes Jahr Vorbereitungszeit gebraucht, auch weil die teilnehmenden Langzeitarbeitslosen aufgrund ihrer Maßnahmezeiten nicht immer verfügbar sind und die Jobcenter anfänglich verboten, die Vorbereitung in die Maßnahmezeiten legen zu dürfen. Das hat es teilweise sehr erschwert, weil niemand freiwillig länger bleiben oder gar am Wochenende etwas vorbereiten wollte. Dass es „ihr“ Thema war, hat niemanden interessiert angesichts großer Politikverdrossenheit. Förderlich war, dass in den Vorbereitungszeiten hierarchische Unterschiede nivelliert wurden und auch der Einrichtungsgeschäftsführer mit in den Diskussionsrunden saß, Kisten schleppte und Plakate verteilte. Noch förderlicher war, wenn die Maßnahmezeiten genutzt werden konnten, zunächst, weil

„freihaben“ erfreulicher ist als arbeiten müssen oder lernen. Je näher die Veranstaltungen kamen und auch die Vorbereitungen besucht wurden von Gewerkschafter*innen, Politiker*innen etc., die man sonst nur von Plakaten kannte, umso wichtiger und engagierter war die Teilnahme und die Teilnehmendenzahlen stiegen.

Die Veranstalterkooperation hat grundsätzlich 3 Workshops zur Vorbereitung gleichzeitig angeboten mit entsprechend qualifizierten Referent*innen: Fotografie, politisches Theater und Debattier- und Rechercheworkshop. Die Teilnehmenden portraitierten sich oder fotografierten Missstände, spielten ihre Situationen, z.B. mit ihren Fallmanager*innen vom „Amt“ und suchten nach politischen Argumenten, ihre Lage zu verbessern, immer im Abgleich mit den offiziellen Parteiprogrammen zur Wahl. Die Veranstaltung war schließlich die Gelegenheit, den Wahlkandidat*innen alle Argumente und Lebenslagen konfrontativ zu präsentieren bis hin zur Stimme auf der abschließenden Podiumsveranstaltung. Rückenwind bekamen die Teilnehmenden von den Mitarbeiter*innen ihrer Träger, die auch z.T. für die Vorbereitung freigestellt wurden, aber auch von Einzelgewerkschaften, dem DGB, und den Trägerleitungen.

Der Ort der Veranstaltungen variierte je nach Abstimmung der Teilnehmenden. Nach der Veranstaltung gab es bei den Trägern noch Evaluationsrunden für die Teilnehmenden und nach einem halben Jahr nach der Wahl wurde bei den Politiker*innen erneut angefragt, nächste Runde zum Thema: „Na, Wahlversprechen auf Kurs?“. In diesem Jahr wird die Veranstaltung „Bürgergeld trifft Politik“ angesichts vorgezogener Bundestagswahlen und drängender Zeit am 13.02.25 stattfinden. Bei den eingeladenen Parteien haben sich alle auf eine Auswahl bestimmter Parteien geeinigt. Ort der Veranstaltung ist ein Dienstleistungsunternehmen, in dem langzeitarbeitslosen Frauen, zumeist alleinerziehend, mit Beratung, Arbeit, beruflicher und politischer Bildung der Weg in die Selbstbestimmtheit ermöglicht wird. Der Ort ist gut gewählt, denn die Frauen

möchten sich wehren gegen den zunehmenden Sexismus, die Gewalt gegen Frauen und den Fremdenhass. Weitere Infos und Kontakte unter: pro-arbeit-aachen.de.

3. „Teilen macht reich“ und „Peilung verloren?“ – Beispiele politischer Bildungswochen mit Langzeitarbeitslosen (Kristina Hamm, Fachbereichsleitung Nell-Breuning-Haus)

Diese beiden Wochen sind Beispiele politischer Bildung mit Langzeitarbeitslosen als Folge aufsuchender politischer Bildung. Die Teilnehmenden kommen von Beschäftigungsträgern oder aus Beratungszentren und einige von ihnen kennen das Nell-Breuning-Haus schon länger, haben wiederum Freund*innen mitgebracht. Beide Veranstaltungen werden zusätzlich von der BpB gefördert und wären ohne diese Förderung auch nicht durchführbar, weil die Finanzierung rein über Teilnehmendenbeiträge nicht möglich wäre. Die Wünsche zu Programm, externen Inputs und Inhalt werden bei Programmplanung bei den Teilnehmenden und Trägern abgefragt. Für die Zeit der Teilnahme sind die Langzeitarbeitslosen bei den Trägern freigestellt, die wiederum haben entsprechende Vereinbarungen mit den Jobcentern getroffen, so dies notwendig ist. Hier gibt es auf jeden Fall ein gutes Commitment von Behörden und Trägern.

Die Erfahrung hat gezeigt, dass die Teilnehmenden diese Tage mit Übernachtungen und Vollverpflegung wie einen Bildungsurlaub wahrnehmen. Für viele ist es seit mehreren Jahren die erste Auszeit, erste externe Unterbringung und für einige ist das schamvoll besetzt, da sie Teile ihres gut versteckten Armutslbens nun in aller Öffentlichkeit zeigen (müssen). Für den Bildungsträger ist es wichtig, hier gut geschultes Personal einzusetzen, das nicht nur sozialarbeiterischen Background hat, sondern das auch als politische Bildner*innen sensibel für diese Hintergründe ist. Der Vertrauensvorschuss der Teilnehmenden ist schnell verspielt, dann nehmen Vorurteile und Misstrauen gegen „Gebildete“ und „Möchtegernkompetenz“ wieder ihren Platz ein, wo zuvor noch Neugier und Freude an

der Auszeit waren. In den meisten Kontexten von Arbeit und (beruflicher/schulischer) Bildung, so schildern es die Teilnehmenden, waren ihre Gegenüber nicht an ihren Meinungen interessiert. Dies erfahren sie auch bei Integrationsfachkräften der Jobcenter, die ihnen latent oder offen „Schmarotzertum“ vorwerfen. Mit diesen Erfahrungen konfrontiert, gelingt politische Bildung in diesen Wochen nur, wenn über das komplette Seminar hinweg auch an diesen Vertrauenshürden gearbeitet wird und regelmäßiges Feedback Pflicht wird, Störungen sofort bearbeitet werden. Einen großen und bedeutungsvollen Raum nehmen daher auch die gemeinsamen Mahlzeiten ein und das abendliche Zusammensein. Für viele sind Einsamkeit und Isolation aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit ein großes Thema, so haben gemeinsame Zeiten im Seminar fast therapeutische Wirksamkeit, der Redebedarf ist enorm. Die Gespräche haben hier einen anderen Charakter als die kurzen Austausche während ihrer Maßnahmeteilnahmen. Und, das ist erstaunlich, in den Auszeiten verlängert sich oft das Seminarthema in den privaten Austausch hinein. In den Morgenrunden finden sich daher viele Ergänzungen zum Vortag, die sich aus den Vorabenden ergeben haben und an die sich gut anknüpfen lässt im weiteren Verlauf des Seminars. Für die Durchführenden ist wichtig, dass sie ein umfangreiches Methodenrepertoire beherrschen, switchen können, um Inhalte alternativ zu diskutieren oder zu vermitteln. Viele Teilnehmende haben nur kurze Aufmerksamkeitsspannen, hier sind vielleicht mehrere Breaks nötig oder auch ein Verlassen des Raumes, das ein späteres Wieder-auf-Stand-Bringen nötig macht. Eine interessante Erfahrung gab es mit dem intuitiven Bogenschießen zum Thema Haltung. Über die körperliche Erfahrung war es viel leichter etwas zu Haltungsschäden, Unterdrückung, Demütigung und den aufrechten Gang bei Widerständen miteinander zu diskutieren. Spürbare Beispiele schaffen deutlich leichtere Zugänge. Aber auch hier braucht es viel Erfahrung bei den Durchführenden, denn nicht alle körperlichen Erfahrungen helfen, sie können auch retraumatisieren oder unangenehm werden.

Die Bildungswochen arbeiten nach dem Prinzip Sehen-Urteilen-Handeln. So ist am Ende jeder Woche ein Seminartag reserviert für die Frage wie sich das Erfahrene und Gelernte in den Alltag der Teilnehmenden integrieren lässt und/oder ob sie andere Menschen in ihrer Umgebung davon profitieren lassen könnten. Für die Durchführenden ist dieser Tag ein wichtiger Gradmesser für die Wirkung von Inhalten und Methoden – das gilt für die Teilnehmenden nicht minder. Konfrontiert damit, dass sie wieder in ihre „alten Leben“ zurückmüssen, kann es passieren, dass am letzten Tag der ganze Frust darüber noch mal in das Seminar gespielt wird. Andererseits gibt es oft auch großartige Ideen und Pläne für die Umsetzung des Erlernten. Diese erscheinen wie eine Verdichtung aus den Tagen zuvor und den Austauschen in den Auszeiten. Für die Umsetzung von Vorhaben ist es immer günstig, wenn auch Mitarbeitende der Träger anwesend sein können, am besten während der kompletten Zeit. Das ist nicht nur vertrauensverstärkend, sondern auch hilfreich, wenn die Machbarkeit der Umsetzung überprüft wird. Angesichts der schwierigen Personal- und Finanzlage vieler Träger wird diese Freistellung aber zunehmend geringer. (Die Programme der beiden Wochen finden sich im Anhang dieser Broschüre, zum Träger Nell-Breuning-Haus viele weitere Infos unter: www.nbh.de)

Resümee(s) des regionalen Workshops

Die Teilnehmenden bewerteten den Workshop als bereichernd für Austausch und Praxis, Wiederholungen seien durchaus wünschenswert, weil man ansonsten zu politischer Bildung und ihren Angeboten in den Einrichtungen und unter den Einrichtungen so nicht diskutiert. Wichtig sei auch die Schärfung und die Präzisierung der Rahmenbedingungen von politischer Bildung und in Abgrenzung dazu aufsuchender politischer Bildung gewesen. Die Beispiele haben gezeigt, dass politische Bildung trotz aller Widerstände möglich ist mit Menschen in prekären Lebenslagen.

Denn eigentlich sei es nicht die genuine Aufgabe von Einrichtungen und Behörden und eher als eine Art „Luxus“ zu sehen, sprich: wenn man mal Zeit und Geld hat, dann geht auch aufsuchende politische Bildung. Maßnahmeträger benötigen spezifische Voraussetzungen, um aufsuchende politische Bildung betreiben zu können und ihr organisationsinterner Auftrag müsste verändert werden. Die spezifischen Voraussetzungen beginnen beim Personal und enden am Willen der Leitungen, den bestehenden Satzungen und Finanzen. Dies, so die Teilnehmenden, ist bei formaler politischer Bildung in Bildungsstätten, Familienbildungsstätten, VHSen anders, nur bis dahin gelangen Menschen in prekären Lebenslagen oft erst gar nicht, oder nur dann, wenn sie zuvor Angebote aufsuchender politischer Bildung annehmen konnten und wollten.

Für die Meisten gibt es andererseits wenig Unterschiede zwischen Sozialarbeit und politischer Bildung. Im Gegenteil, Sozialarbeit sei ja bereits politische Bildung, nie nur reine Fürsorge, denn sie ermächtigt die Klientel zu selbständigem Handeln für sich, ihre Familien und in ihrem Umfeld. Von daher verstanden sich die meisten Teilnehmenden als politische Bildner*innen. Das passt natürlich nicht ganz zur ersten Bewertung und wertet die Bedeutung politischer Bildung eher ab. Ist mit der Beschaffung von Wohnraum, der Krisenberatung und anwaltschaftlichen Betreuung tatsächlich schon der Schritt vom „Auswärtsspiel“ zum „Heimspiel“ geschafft? Ist Sozialarbeit nicht nur der erste und oft notwendige Schritt die „komplexen Mechanismen des Selbst- und Fremdausschlusses aus dem «politischen Spiel»“ zu durchbrechen? Hat die Klientel dank erfolgreicher sozialarbeiterischer Intervention tatsächlich gelernt, sich antidemokratischen Angeboten und Tendenzen zu widersetzen, demokratisch zu denken und zu handeln? Welche Rahmenbedingungen benötigt soziale Arbeit, wenn sie non-formale politische Bildung ist, oder haben wir es hier nicht mit einer Aneignung des Begriffs politische Bildung zu tun? Politische Bildung ist vielleicht, wie die Teilnehmenden des Workshops andeuten wollten, Querschnittsaufgabe der sozialen Arbeit oder auch ein gesondertes Arbeitsfeld.

Kontrovers wurde die Frage diskutiert, warum politische Bildung durch Beschäftigungsträger nur sporadisch und fragmentiert staatlich gefördert wird und ob die BpB nicht die entsprechende Fördermittelgeberin sei. Dies vor dem Hintergrund, dass viele Langzeitarbeitslose durch rechte Gruppierungen beeinflusst würden und man sich in der Verantwortung sieht, hier gegenzusteuern.

Ebenso kontrovers wurde die These diskutiert, aufsuchende politische Bildung in von Jobcentern geförderten Maßnahmen als festen Bestandteil unterzubringen. Alle sahen natürlich den möglichen Widerspruch zum Sozialgesetzbuch II und damit auch zur dort fixierten Aufgabe der Jobcenter: Abgabe von Regelleistungen und Integration in den Arbeitsmarkt. Kritisch wurde gesehen, dass die Teilnahme an politischer Bildung keine erzwungene Leistung sein könne, bei Maßnahmen aber wäre man nicht freiwillig. Auch glaubten viele nicht an die Unabhängigkeit von Angebot und Inhalt, wenn das Jobcenter Fördergeber der Maßnahmen ist. Die am Vormittag erarbeiteten Kriterien gelungener politischer Bildung seien schlicht inkompatibel mit dieser Vorgehensweise. Einziger Vorteil in den Augen der Teilnehmenden des regionalen Workshops wäre, dass von der Zielgruppe der Langzeitarbeitslosen viel mehr Menschen erreicht würden, weil sie ja ohnehin teilnehmen müssten.

B – Bundesweite Partner und ihre Konsequenzen (Th. Hohenschue/Ch. Herrmann)

Konzepte. Ideen. Netzwerke – Wie geht es weiter und wer ist dabei?

Der zweite eintägige Workshop führte die bundesweit agierenden Hauptakteure im Feld der (politischen) Langzeitarbeitslosenarbeit zusammen. Hauptakteure meint u. a. die Leitenden der entsprechenden Fachkreise und –abteilungen der Wohlfahrtsverbände, die/den Sprecher*in der Geschäftsführer*innen der Jobcenter, bundesweit agierende Projekte und Netzwerke.

Leider konnten aufgrund von Erkrankungen nicht alle Eingeladenen teilnehmen, der Punkt „Perspektiven der Jobcenter“ musste daher entfallen.

In der ersten Diskussionsrunde löste bereits das Thema der Tagung „Von der Unsichtbarkeit zur Einflussnahme“ Irritationen aus. Den Teilnehmenden war unklar, ob hier die Träger-sichtweise oder die Klientensichtweise zur Debatte stand, wird also über den Anbieter politischer Bildung im Feld der Langzeitarbeitslosigkeit diskutiert oder über die Diversität der Teilnehmenden an solchen Angeboten und wie sie zur Partizipation am gesellschaftlichen Leben gelangen durch politische Bildung oder über die Beschaffenheit der Angebote.

Im ersten Schritt verständigten sich die Teilnehmenden auf die Angebote und jede*r Trägervertreter*in benannte Beispiele aus seiner Arbeit. Ähnlich wie auf dem Regionalworkshop wurde auch hier die Frage diskutiert, ob in diesem Feld Sozialarbeit politische Bildung sei. Insbesondere für die Obdachlosenarbeit und die Arbeit mit Obdachlosen wurde die Frage klar bejaht. Im zweiten Schritt, als Ersatz für das Statement der Geschäftsführervertretung der Jobcenter, wurde die Option politische Bildung in Maßnahmen der Jobcenter diskutiert. Ist das

sinnvoll oder nicht ein Widerspruch in sich? Dann würde politische Bildung quasi per Bürgergeldbezug verordnet, was hat das noch mit der Freiheit der Angebote zu tun? Jobcenter setzen bei ihren Maßnahmen doch gerade auf das Prinzip des Forderns und Förderns, aber Lernen dürfen in sanktionsfreien Räumen und Fordern sind nicht miteinander vereinbar. Jobcenter würden bei politischen Angeboten aufgrund ihres gesetzlichen Auftrages bei den Menschen immer von einem Defizit ausgehen (müssen). Politische Bildung, so die Meinung der Teilnehmenden des Workshops, habe aber einen emanzipatorischen Charakter. Doch auch die Gegenthese wurde auf dem Workshop vertreten. Wenn schon politische Bildung in Maßnahmen, dann wäre sie doch bei den Maßnahmen jener Träger am besten aufgehoben, die, wie die Anwesenden, nicht von einem defizitären Menschen ausgehen, sondern ein christliches oder humanistisches Menschenbild vertreten. In welchen Maßnahmen könnte man sich diese Angebote überhaupt vorstellen? Viele sind rein berufsbildend, die große Masse der Arbeitsgelegenheiten aber hat überhaupt keinen Bildungsanteil, allenfalls Coaching. Auch mit dem Anspruch der Selbstorganisation politischer Bildung wären Maßnahmen des Jobcenters nicht in Einklang zu bringen. Sie seien eher paternalistisch, helfend, statt unterstützend. Was wäre also die ideale Rahmenbedingung?

Dieses Erkenntnisinteresse der Träger und Dachverbände der sozialen Arbeit trifft sich mit dem Interesse der Bundeszentrale für politische Bildung, den Wirkungsradius der politischen Bildung zu erweitern. Bei nüchterner Betrachtung lässt sich feststellen, dass der Anspruch, „Bildung für alle“ zu organisieren, nicht erfolgreich eingelöst wird. Die meisten Angebote der politischen Bildung adressieren in Form, Thema und Didaktik eher die Mittelschichten. Diese Analyse betrifft vor allem Menschen im Erwachsenenalter. Kinder und Jugendliche werden über das Bildungssystem erreicht, allerdings häufig auch in einer Form, die sie nicht den Anschluss nach der Schule suchen lässt. Die nachfolgenden Betrachtungen, die sich aus der Beratung beim Fachtag ergeben, fokussieren sich auf

außerschulische Angebote der politischen Bildung, insbesondere auf jene im Kontext prekärer Lebenslagen. Häufig gibt es sie nicht oder nur in einer rudimentären Form. Das sich aus dem Fachtag heraus formierende Netzwerk möchte Impulse für gute Standards bei einer flächendeckenden Implementierung von politischer Bildung bei Einrichtungen der sozialen Arbeit geben.

Programmatisch soll ein Rahmenkonzept entwickelt werden, dass sich an den folgenden sieben Eckpunkten orientiert, die im bundesweiten Workshop des Projektes erarbeitet wurden und das auf einer Arbeitstagung nach Projektende, im Juni 2025, weiter präzisiert werden soll.

Sieben Eckpunkte für ein Rahmenkonzept „Politische Bildung im Kontext prekärer Lebenslagen“

Politische Bildung ist mehr als Wissensvermittlung. Sie erschließt Potenziale und Ressourcen. Sie eröffnet Handlungsspielräume. Sie gibt einen Rahmen für politische Teilhabe. Sie bahnt Veränderungen an. Daher ist politische Bildung keine rein akademische Übung. Sie zielt vielmehr auf die Handlungsebene. Was können Teilnehmende tun, was obliegt anderen?

Politische Bildung bezieht sich nicht nur auf das Große und Ganze. Das heißt, sie bezieht sich nicht nur auf das politisch-administrative System der Bundesrepublik. Vielmehr sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Teilnehmenden ihr Ausgangspunkt. Demzufolge bezieht sich politische Bildung auf alles, was diese beeinflusst. Ziel ist eine Verbesserung der Lebenslagen.

Politische Bildung ist lebensnah. Sie rückt den Alltag der Teilnehmenden in den Fokus. Sie macht ihre Themen zum Thema. Dreh- und Angelpunkt sind die Erfahrungen, Wahrnehmungen, Wünsche und Interessen der Menschen in prekären Lebenslagen. Gesprochen wird nicht abstrakt, sondern konkret.

Gesprochen wird die Sprache der Teilnehmenden, nicht der Dozierenden.

Politische Bildung ist sozialraumorientiert. Denn am besten greifbar ist Politik im direkten Umfeld. Dort sind die Handlungsmöglichkeiten am konkretesten, Ansprechpartner*innen am nächsten, Probleme wie Lösungen am direktesten spürbar. Sozialraumorientierung macht politische Bildung handhabbar und greifbar. Politik wird hier konkret und verständlich.

Politische Bildung ist emanzipativ. Ihr Fokus ist die Befreiung von belastenden Verhältnissen. Dabei setzt sie auf die Selbstermächtigung und Selbstwirksamkeit der Teilnehmenden. Diese haben demokratische Gestaltungsrechte. Diese wahrzunehmen, ist vornehmeres Ziel politischer Bildung. Dabei geht es nicht nur um individuelle Emanzipation, sondern auch um gesellschaftliche.

Politische Bildung ist nicht neutral. Im Sinne des Beutelsbacher Konsenses ist sie zwar überparteilich, aber ihr Bezugspunkt sind die Grundrechte von Art. 1 bis 20 GG. Diese bilden den gemeinsamen Wertekontext, innerhalb dessen diskutiert wird. Sie bilden auch den Bezugsrahmen, Verhältnisse zu bewerten. Politische Bildung ist in diesem Sinne kritisch und hält zu Selbstkritik an.

Politische Bildung stärkt die Demokratie. Soziale Ungleichheit ist kein akademisches Konstrukt. Sie wirkt sich vielfach negativ auf Lebens- und Arbeitsbedingungen aus. Diese Erfahrung schwächt das Vertrauen von Menschen in das politisch-administrative System, zu dem auch Institutionen wie das Jobcenter gehören. Politische Bildung im oben skizzierten Sinne ist geeignet, Vertrauen zu bilden.

Einige Punkte zum Weiterdiskutieren

Neben der Vergewisserung über die skizzierten ersten Eckpunkte gibt es weiteren Gesprächsstoff, um zu einer gemeinsamen Haltung in der Frage der politischen Bildung in Kontext-

ten prekärer Lebenslagen zu kommen und sie dann weiterzutragen.

Umsetzungsfragen beziehen sich zum Beispiel auf die Art und Weise, wie politische Bildung in die Abläufe einer Einrichtung der sozialen Arbeit integriert werden kann. Wie lässt sich der Anspruch auf ein eher beiläufiges, an konkreten Situationen orientiertes Lernen einlösen? Die politische Bildung soll das Leben der Teilnehmenden bestärkend begleiten – wie muss sie dafür aufgesetzt sein?

In der Diskussion um die nötigen Rahmenbedingungen für politische Bildung im oben skizzierten Sinne geht es auch um die Zeit, die dafür gebraucht wird. Das betrifft sowohl viele Fachkräfte in den Einrichtungen als auch viele Menschen in prekären Kontexten. Gerade in den mittleren Lebensjahren ist die Frage zu klären, wie sich Zeitfenster außerhalb der knappen privaten Zeit öffnen lassen.

In den Blick zu rücken ist auch die Abklärung, wie bereit Träger und Einrichtungen der sozialen Arbeit sind, ihre eigenen Begrenzungen kritisch und selbstkritisch zum Thema werden zu lassen. Denn erst mit einer solchen Bereitschaft wird das Anliegen einer emanzipativen Herangehensweise glaubhaft. Sollten also Teilnehmende darüber reden und Dinge verbessern wollen, darf dies kein Tabu sein.

Überhaupt sind als Teil der Umsetzungsstrategie ganz unbedingt die Perspektiven, Interessen und Ideen von Menschen in prekären Lebens- und Arbeitssituationen einzuholen. Eine Arbeitshypothese ist, dass dies schon anfanghaft übertragbar ist aus Good- oder Best-Practice-Beispielen von Formaten der aufsuchenden oder einrichtungsbezogenen politischen Bildung im weiteren Prozess.

Last not but least ist im sich formierenden Bündnis die Frage zu besprechen, wie der Informationsfluss unter den beteiligten Akteuren, in ihren jeweiligen Netzwerken und im Austausch mit Politik und Ministerien zu verbessern ist. Wie lässt sich die vereinbarte Haltung transportieren? Wie werden regi-

onale Erfahrungen und Konzepte in den bundesweiten Austausch eingespeist?

Folglich geht es weiter...

Die Tagungsteilnehmenden verständigten sich auf eine weitere Runde nach Projektende. Auf einer Arbeitstagung vom 17.-18. Juni 2025 im Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath (Start 14.00 Uhr-Ende 15.00 Uhr), soll ein Rahmenkonzept „Politische Bildung im Kontext prekärer Lebenslagen“ erarbeitet und verabschiedet werden. Die Formulierung „im Kontext prekärer Lebenslagen“ soll die bisherige Konzentration des Projektes auf die Zielgruppe der Bürgergeldempfänger*innen deutlich erweitern. Das Konzept soll Diskussionen bei den Trägern und Vertreter*innen anregen, Good Practices zusammenführen und zur Erprobung bringen, Denkanstöße für eine andere politische Bildungspraxis bieten. Für die weiterführende Tagung wird es gezielt im Vorfeld ein call for papers geben, der Anregungen und Good Practice einsammelt, um sie auf der Tagung gebündelt präsentieren zu können.

Grundlage der Weiterarbeit ist die hier vorliegende Dokumentation und der dort eingebettete Entwurf eines Rahmenkonzeptes, welches im März an alle Teilnehmenden versendet werden soll mit der Bitte um Vervollständigung aus der Trägerperspektive. Am 26. März 2025 (10.00-12.00 Uhr) wird es mit dem Adressatenkreis der Tagung in Fulda dazu ein digitales Vorbereitungsmeeting geben.

Anhang

Einladungen Workshop regional und bundesweit



Abb 8 -9: PDF-Einladung regional, Gestaltung & Layout: x7, Ulrike Stehling



**Freitag
11. Oktober
2024**

10.00-16.00 Uhr

**Tagungsort
Nell-Breuning-Haus
Wiesenstr. 17
52134 Herzogenrath**



Top

- Was es schon gibt und erfolgreich ist
- Was Träger leisten könn(t)en
- Was gefördert wird oder warum nicht
- Was getan werden muss
- Ideen.Kontakte.Netzwerken.
Handeln

Abb 10 -11: PDF-Einladung regional, Gestaltung & Layout: x7, Ulrike Stehling



**12. - 13.
Dezember
2024**

**Beginn
Do 12.12.24
11.30 Uhr**

**Ende
Fr 13.12.24
11.30 Uhr**

**Ihre Teilnahme ist komplett kostenfrei,
Sie tragen lediglich die Fahrtkosten!**

**Tagungsort
Bonifatiushaus
Neuenberger Str. 3-5
36041 Fulda**

www.bonifatiushaus.de



Thema

**Als Anbieter (aufsuchender) politischer
Bildung fragen wir uns seit vielen Jahren:**

**Wie sichtbar sind
langzeitarbeitslose Menschen
im öffentlichen Raum?**

**Wie gewollt als
Demokratiegestalter:innen?**

**Wie arbeiten Einrichtungen des
öffentlichen Lebens,
Wohlfahrtsverbände und Träger
politisch bildend mit dieser Zielgruppe
oder tun sie das überhaupt?
Und falls nicht, was ist nötig,
um das zu verändern?**

Abb 12 -13: PDF-Einladung überregional, Gestaltung & Layout: x7, Ulrike Stehling



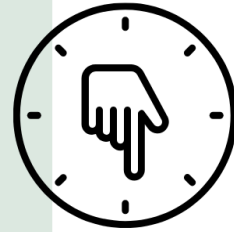
Format

Wir suchen nach Antworten und Lösungen mit bundesweit agierenden Trägern und Einrichtungen in drei Barcamps:

#1 - Zusammenschau und Sichtung von Angeboten und Projekten oder Ideen aufsuchender politischer Bildung im Kontext von Jobcentermaßnahmen und Bürgergeldbezug.

#2 - Gelingensbedingungen und Herausforderungen dieser Bildungsarbeit sowie Lösungsansätze für innovative Strategien der Angebotserstellung, Finanzierung, Kooperationsbildung etc.

#3 - Wie könnte ein künftiges Anbieternetzwerk und/oder strategisches Bündnis in diesem Feld aussehen?



**Ideen.
Kontakte.
Netzwerken.
Handeln.**

Weil es an der Zeit ist

Tagesstrukturen Workshops regional und bundesweit

Tagesstruktur Workshop regional

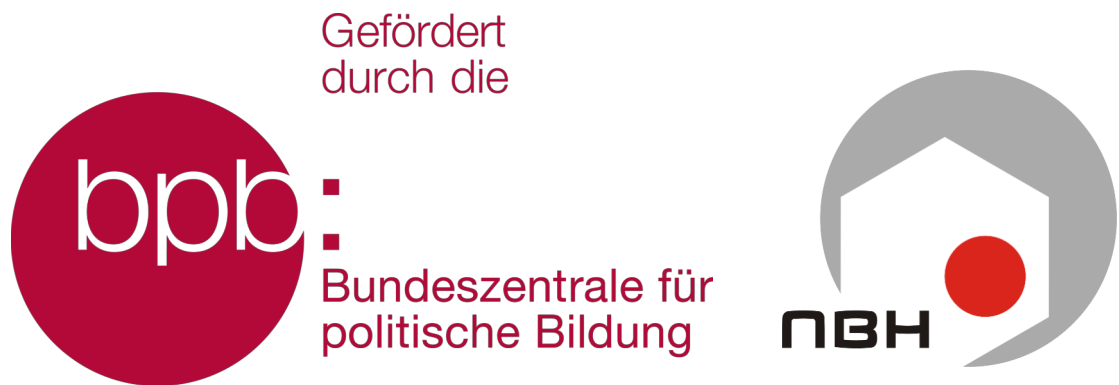


Abb 16: Logos bpb und nbh

Programm „Von der Unsichtbarkeit zur Einflussnahme“ regionaler Workshop im Nell-Breuning-Haus, Herzogenrath am 11.10.2024

10.00 Uhr	Eröffnung, Begrüßung, Einleitung Nell-Breuning-Haus
10.15 Uhr	Warum dieses Projekt, Vorstellung BpB
10.40 Uhr	Moderation Plenum „Was ist für euch Politische Bildung?“ Sammeln der Antworten in einer tag-Wolke (analog)
10.50 Uhr	Moderation zu Kleingruppen à 3 Tn - Zeit 20 min 3 Fragen auf Kärtchen für ca. 10 Gruppen à 3 Tn; Tn sollen sich Notizen machen zu den Er gebnissen 1. „Wie motiviere ich zur Teilnahme?“ oder „mit welcher Motivation komme ich?“ 2. „Was ist der Profit meiner Teilnahme?“ „Was ist der Profit meiner Teilnehmenden?“

3. „Wie zeigt sich der Erfolg/Wirksamkeit des Angebotes politischer Bildung?“
- 11.10 Uhr Kaffeepause 10 min und Kaffee mitnehmen in nächste Gruppenphase
- 11.20 Uhr Worldcafé - Zeit je Lauf 10 min
 Jede Gruppe diskutiert ihre Kernpunkte zu den o.g. 3 Fragen an Stellwänden und wechselt nach 10 min zur nächsten Ecke mit Stellwänden; zusätzlich gibt es für die Moderator*innen ein Parkscheibenplakat
- 12.00 Uhr Präsentation der Ergebnisse durch Moderator*innen
 Was ist noch offen?
 Was ist uns aufgefallen?
 Parkscheibe aufklären
- 12.30 Uhr ME
- 13.15 Uhr Einblicke
 Was es schon gibt und erfolgreich ist
 Vorstellung Arbeit Amos eG und Volksverein Mönchengladbach
 Vorstellung Pro Arbeit „Hartz IV trifft Politik“
 Vorstellung NBH „Wieso weshalb warum?“ Wochenkurse mit Langzeitarbeitslosen
- 14.00 Uhr Diskussion im Plenum
 Was Träger leisten könn(t)en
 Was gefördert wird oder warum nicht
 Was getan werden muss
 Ideen.Kontakte.Netzwerken.Handeln
- 15.15 Uhr Coffeebreak
- 15.40 Uhr Endrunde „Meine Erkenntnisse des Tages?“
 Wie geht es weiter mit dem Projekt?
- Ende 16.00 Uhr

Tagesstruktur Workshop bundesweit

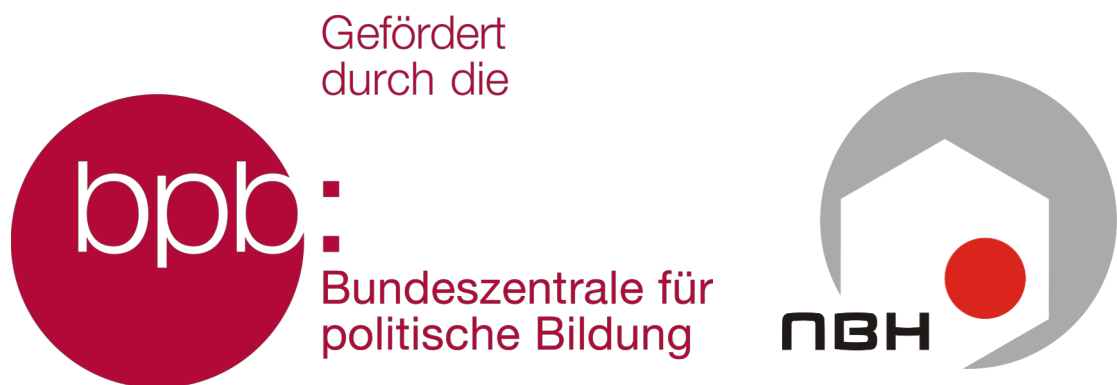


Abb 17: Logos bpb und nbh

Programm „Von der Unsichtbarkeit zur Einflussnahme“, 12.-13.12.24 in Fulda

Donnerstag 12.12.24

- | | |
|-----------|---|
| 11.30 Uhr | Eröffnung, Begrüßung, Einleitung, Vorstellungsrunde |
| 11.00 Uhr | Warum dieses Projekt, Vorstellung BpB
Rückblick auf WS 1 |
| 12.30 Uhr | Mittagessen |
| 13.30 Uhr | Plenum Thema
„politische Bildung für Menschen in Maßnahmen des Jobcenters“
Runde: Jeder aus Blickwinkel seiner Organisation; Wo sind wir dran? Was machen wir schon? Best Practice? |
| 14.30 Uhr | Perspektive des Jobcenters auf das Thema |
| 15.00 Uhr | Welche Fragen liegen oben auf? Wo brennt es? |
| 15.30 Uhr | Coffeebreak |
| 15.45 Uhr | Diskussion der Kernpunkte in Kleingruppen |

- 16.45 Uhr Präsentation der Ergebnisse der
Diskussionsgruppen
Visualisierung
Was ist noch offen?
- 18.00 Uhr Ausblick auf den nächsten Tag
- 18.15 Uhr Abendessen

Freitag 13.12.24

- 09.15 Uhr Begrüßung
Was ist noch nachgeklungen?
- 09.30 Uhr Verständigung über weitere Schritte
Was Träger leisten könn(t)en
Was gefördert wird oder warum nicht
Was getan werden muss
Ideen.Kontakte.Netzwerken.Handeln
- 10.45 Uhr Coffeebreak
- 11.00 Uhr Finale
- Ende 11.30 Uhr

Beispiele und Programme aufsuchender politischer Bildung des regionalen Workshops

„Teilen macht Reich!“

- Termin: 09.10.2024 10:00 Uhr bis 11.10.2024 15:00 Uhr
- Zielgruppe: Erwerbslose, Engagierte in der
Erwerbslosenarbeit
- Tagungshaus: Nell-Breuning-Haus
- Tagungsort: 52134 Herzogenrath, Wiesenstr. 17

Übergeordnete politische Lernziele:

Die Geschichte des heiligen St. Martin ist fast allen Menschen ein Begriff. Doch kann er noch als Vorbild erhalten? Die Hinwendung besonders zu den benachteiligten Menschen und die Förderung des sozialen Zusammenhalts im Gemeinwesen durch die Integration der am stärksten Benachteiligten sind Ausgangspunkte in diesem Seminar.

In diesem Seminar sollen besonders Menschen, die von Bürgergeld leben müssen und sich ehrenamtlich engagieren, gestärkt werden. Zum einen durch theoretische Grundlagen sowie durch die Erarbeitung von Selbsthilfestrukturen und Begleiter*innenkonzepten. Das Seminar ist als Bildungsprozess angelegt bei dem die Teilnehmenden Schritt für Schritt Informationen vermittelt bekommen und an Hand ihrer Erfahrungen reflektieren lernen sowie eigene Positionen und Zukunftsmodelle entwickeln können.

Der Theorie- und Praxistransfer ist ebenso ein wichtiges Ziel in diesem Prozess, wie die Reflexionsfähigkeit und das Formulieren von Perspektiven.

Mittwoch 09.10.2024: Arbeitslosigkeit

10.00 – 12.30 Uhr **Begrüßung**

Vorstellung von Programm und
Teilnehmer*innen

Einführung in die Thematik: „Arbeitslosigkeit“

Inhalt: Arbeitslosigkeit in Deutschland – Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt

Lernziel: Über eine Zahlen-Präsentation sollen die Teilnehmenden einen ersten Überblick über die Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt erhalten. Sie formulieren für den Bildungsprozess in dieser Seminarwoche Fragen zu den daraus resultierenden Themenkomplexen: Gesundheitsprävention, Migration/Flüchtlinge, Arbeitslosenberatung, Jobcenter, Politik

Methode: PPP, Sammeln und Clustern von Fragen für das Seminar

15.00 – 16.30 Uhr **„Das letzte Hemd, oder gemeinsam schaffen wir mehr?“**

Inhalt: informieren, vernetzen und voneinander lernen

Lernziel: Die Teilnehmenden diskutieren die Grundfrage „Einer gegen alle oder gemeinsam für alle?“ Welche Möglichkeiten liegen in der Vernetzung und dem Zusammenhalt? Sie lernen verschiedene Hilfesysteme kennen und erarbeiten Ideen zu Selbsthilfestrukturen. Methode: Referat, Beispiele, Diskussion

17.00 – 18.30 Uhr **„Das letzte Hemd, oder gemeinsam schaffen wir mehr?“**

Inhalt: informieren, vernetzen und voneinander lernen

Lernziel: Die Teilnehmenden diskutieren die Grundfrage „Einer gegen alle oder gemeinsam für alle?“ Welche Möglichkeiten liegen in der Vernetzung und dem Zusammenhalt? Sie lernen verschiedene Hilfesysteme kennen und erarbeiten Ideen zu Selbsthilfestrukturen. Methode: Referat, Beispiele, Diskussion

19.30 Uhr Abendprogramm

Donnerstag 10.10.2024: „Teilen/ Hilfe um jeden Preis“

9.00 – 10.30 Uhr **„Persönlichkeitsveränderungen bei Langzeitarbeitslosigkeit“**

Inhalt: „Langzeitarbeitslosigkeit macht krank – das ist nichts Neues, aber wie sich die eigene Persönlichkeit verändern kann, das geschieht oft schleichend und unbemerkt. Die Arbeitsmarktpolitik und die Jobcenter bauen auf Gesundheitsprävention in den Maßnahmen für Langzeitarbeitslose.

Lernziel: Die Teilnehmenden lernen verschiedene psychische Krankheitsbilder kennen und warum sie gerade durch Langzeitarbeitslosigkeit entstehen können. Sie reflektieren aktuelle Arbeitsmarktinstrumente und in wieweit auf diese Erkrankungen eingegangen wird.

Methode: Referat, Fallbeispiele, Diskussion

11.00 – 12.30 Uhr **„Resilienzförderung“**

Inhalt: Transfer von der persönlichen Resilienzförderung zur Resilienzförderung anderer Menschen in der Arbeitsmarktförderung

Lernziel: Die Teilnehmenden lernen Methoden zur eigenen Resilienzförderung kennen und diskutieren relevante Resilienz-faktoren im Kontext der Arbeitslosigkeit im Setting der Arbeitsmarktförderung

Methode: Übungen, Diskussion

15.00 – 16.30 Uhr **„Keiner geht allein zum Amt“**

Inhalt: Erfahrungen der Betroffenen und der ehrenamtlichen Begleiter*innen mit der Umsetzung und den Auswirkungen des SGB aus persönlicher und gesellschaftspol. Perspektive (Verdeutlichung anhand von Beispielen aus der eigenen Situation oder aus der ehrenamtlichen Begleitung)

z.B.: Welche Erfahrungen machen Betroffene im Umgang mit Ämtern, Bescheiden und Anträgen? Welche Folgen ergeben sich für Betroffene aus gesellschaftspol. Sicht?

Lernziel: Die Teilnehmenden vergleichen die Theorie des Vortages mit ihren Erfahrungen aus der Praxis und erstellen Szenarien und Handlungsmodelle

Methode: Arbeitsgruppen: Rollenspiel

17.00 – 18.30 Uhr **„Keiner geht allein zum Amt“**

Inhalt: Präsentation der Rollenspiele und Vermittlung von konkreten Handlungskompetenzen (z.B. Regeln zur Gesprächsführung) - Rolle der Beistandschaft und Begleiter. Was kann bürgerliches Engagement und gesellschaftliche/ politische Mitarbeit erreichen? Welche (gesellschaftlich messbaren) Erfolge gibt es in diesem Bereich? - Rolle von „Amt/Behörde“ in unserem Alltag und in der Politik

Lernziel: Die Teilnehmenden vergleichen die Theorie des Vortages mit ihren Erfahrungen aus der Praxis und erstellen Szenarien und Handlungsmodelle. Die Teilnehmenden dokumen-

tieren die Ergebnisse auf der Wandzeitung und präsentieren Rollenspiele.

Methoden: Rollenspiele/Diskussion

19.30 Uhr Abendprogramm

Freitag 11.10.2024: „Von der Unsichtbarkeit zur Einflussnahme“

9.00 – 10.30 Uhr **„Politische Bildung/Engagement – was soll ich damit?“**

Inhalt: Erfahrungen der Betroffenen und der ehrenamtlichen Begleiter*innen mit Angeboten der politischen Bildung. Perspektive (Verdeutlichung anhand von Beispielen aus der eigenen Situation)

Lernziel: Die Teilnehmenden vergleichen die Erfahrungen/das Gelernte der Vortage mit der Frage der politischen Bildung und wie sie Einfluss nehmen und die eigene Position stärken können

Methode: Input, Arbeitsgruppen

11.00 – 12.30 Uhr **„Politische Bildung/Engagement – wie geht das?“**

Inhalt: Erarbeitung und Diskussion geeigneter Instrumente politischer Bildung und Stärkung Betroffener und ehrenamtlich Engagierter

Lernziel: Die Teilnehmenden erarbeiten aus ihrer Sicht geeignete Angebote/Unterstützung politischer Bildung und kommen darüber in den Austausch mit Menschen aus der Erwerbslosenarbeit und Jobcentern

Methode: Diskussion

13.30 – 15.00 Uhr **„Auswertung des Seminares“**

Inhalt: Übersicht des Seminarprogramms und der Ergebnisse

Lernziel: Die Teilnehmenden reflektieren anhand der verschiedenen Programmt Themen, die Inhalte, die Methoden und das

Tagungspersonal. Sie formulieren für sich sinnvolle Erkenntnisse und Perspektiven sowie einen Forderungskatalog an die Sozialpolitik.

Methode: Kartenabfrage, Feedbackrunde

15.00 Uhr Verabschiedung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen

„Peilung verloren!? - Gesellschaft im Wandel“

Termin: 22.04.2024 11.00 Uhr bis 26.04.2024 15:00 Uhr

Zielgruppe: Langzeitarbeitslose, politisch Interessierte

Tagungshaus: Nell-Breuning-Haus

Tagungsort: 52134 Herzogenrath, Wiesenstr. 17

Übergeordnete politische Lernziele:

Der Zusammenhalt der Gesellschaft basiert auf einem starken sozialen Netz und auf Strukturen, die allen Menschen Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen: Das ist eine wichtige Grundlage der Demokratie und jeder persönlichen Entfaltung. Unsere Gesellschaft befindet sich in ständigem Wandel, doch in den letzten Jahren zwingen unvorhersehbare Krisen die Gesellschaft und auch jeden Einzelnen in einen Prozess der Veränderung, der bei Vielen mit erheblichen Ängsten einhergeht. Sollen wir also optimistisch in die Zukunft schauen oder eher pessimistisch. Wer wird und wie werden wir beeinflusst? Wo liegen unsere Stärken? Wie kann Zukunft gelingen?

Kohärent zu den zahlreichen Krisen ist eine Steigerung des Populismus zu beobachten, der, wie wir in unserer Arbeit zunehmend feststellen, starken Einfluss in bildungsfernen Zielgruppen ausübt. Hier setzt das Seminar an. In diesem Seminar wollen wir die Definition und die Auswirkungen von Fake-News erklären, um ein Bewusstsein dafür zu schaffen, wie Falschinformationen die öffentliche Meinung beeinflussen können. Eben-

so sollen die Teilnehmer*innen Populismus verstehen lernen und kritisches Denken erlernen, um sich in die Lage zu versetzen, Informationen zu hinterfragen und unvoreingenommen zu prüfen. Das Seminar soll einen offenen Dialog über die Themen Fake-News und Populismus ermöglichen, und verschiedene Perspektiven beleuchten und diskutieren. Gemeinsam mit den Teilnehmenden wollen wir eine Wertebasis erarbeiten, die es ermöglicht, einen festen Standpunkt zu haben und nicht ständig die Peilung zu verlieren.

Montag 22.04.24: „Gesellschaft in Aufruhr“

11.00 – 12.30 Uhr **Begrüßung**

Vorstellung von Programm und
Teilnehmer*innen
Einführung in die Thematik:

„Peilung verloren!? – Gesellschaft im Wandel“

Inhalt: Bilder, Meinungen, Positionen und Stimmung

Lernziel: Die Teilnehmenden setzen sich auf kreative Weise mit der Thematik auseinander und lernen die Grundlagen für das weitere Seminar kennen.

Methode: Karikaturen, Karten, Sprüche

12.30 Uhr Mittagessen

15.00 – 16.30 Uhr **„Gesellschaft im Wandel“**

Inhalt: Aktuelle politische und mediale Stimmung, eigene Erfahrungen, Ängste und Sorgen

Lernziel: Die Teilnehmenden setzen sich mit den eigenen Sorgen und Ängsten auseinander. Was treibt mich um? Was

macht mir Angst? Wie nehme ich Nachrichten, mediale Inhalte und gesellschaftliche Diskussionen wahr?

Methode: Audio-, Video- und Printbeiträge aus Radio, Fernsehen, Social Media, Presse und Parteiprogrammen, Stimmungsabfrage, Blitzlicht, Diskussion

17.00 – 18.30 Uhr **„Werte, die uns Richtung geben!“**

Inhalt: Die Teilnehmenden befassen sich mit unterschiedlichen Wertvorstellungen. Sie entwickeln einen Standpunkt zu gesellschaftlichen Werten und Lebenswelten. Die Teilnehmer*innen übernehmen Verantwortung für ihren Standpunkt bezüglich ihrer gewählten gesellschaftlichen Werte

Methode: Wertesammlung, Werteversteigerung, Einzelarbeit, Plenum (evtl. AOK Werte Check)

18.30 Uhr Abendessen

19.30 Uhr Abendprogramm

Dienstag 23.04.24: „Fake News“

09.00 – 10.30 Uhr **„Nachrichten auf allen Kanälen“**

Inhalt: Breite der Möglichkeiten Nachrichten zu erhalten/ zu lesen

Lernziel: Die Teilnehmenden setzen sich mit der Vielfalt von Nachrichtenwegen auseinander. Welche Wege/Apps/Kanäle nutzen sie und gibt es darüber hinaus? Was beeinflusst sie bewusst/unbewusst? Wie gehen sie mit der Flut an Nachrichten um?

Methode: Input, sammeln und (er)klären, Hintergründe checken, Plenum

11.00 – 12.30 Uhr **„Newscheck“**

Inhalt: Die Teilnehmenden nehmen die „News“ der letzten 24 Stunden in den Blick.

Lernziel: Die Teilnehmenden setzen sich mit ihrer „News“-Routine auseinander. Wo informieren sie sich? Von wem bekommen sie Informationen? Wie erleben Sie Nachrichten/Social Media?

Methode: Input, Fragenkatalog/Arbeitsblatt, Plenum

12.30 Uhr Mittagessen

15.00 – 16.30 Uhr und 17.00 – 18.30 Uhr: **„Fake-News“**

Inhalt: Fake-News erkennen

Lernziel: Die Teilnehmenden erlangen Grundlagen wie Fake-News entstehen und wie diese entlarvt werden können. Sie erkennen anhand von praktischen eigenen Beispielen, die diskutiert werden wie gesellschaftliche Themen durch Nachrichten beeinflusst werden. Sie reflektieren die eigene Wahrnehmung und das eigene Verhalten.

Methode: Input, Übungen, Reflexion, KG, Diskussion

18.30 Uhr Abendessen

19.30 Uhr Abendprogramm

Mittwoch 24.04.24:

„Peilung verloren!? – und wiedergewinnen!“

09.00 – 10.30 Uhr und 11.00 – 12.30 Uhr:

„Aktive Standortbestimmung, Haltung zeigen“

Inhalt: Die Teilnehmenden erfahren, wie wichtig es ist, einen festen Standpunkt zu haben und Haltung zu zeigen. Sie arbeiten an der eigenen inneren Stärke und stellen sich Herausfor-

derungen. Sie übernehmen Verantwortung für sich und die Gruppe und lernen Rücksichtnahme.

Methode: Input, intuitives Bogenschießen, Reflexion

12.30 Uhr Mittagessen

15.00 – 16.30 Uhr und 17.00 – 18.30 Uhr:

„Gesellschaft positiv verändern“

Inhalt: Die Teilnehmenden befassen sich mit dem Veränderungsprozess von „Gegeneinander zu Füreinander“

Lernziel: Die Teilnehmenden erkennen, dass bereits kleine Schritte eine große Wirkung auf ein Miteinander haben und entwickeln persönliche und gesellschaftliche Handlungsoptionen.

Methode: Reflexion praktischen Einheit, KG, Plenum

18.30 Uhr Abendessen

19.30 Uhr Abendprogramm

Donnerstag 25.04.24: „Populismus“

09.00 – 10.30 Uhr und 11.00 – 12.30 Uhr:

„Von Vorurteilen und Meinungsmache“

Inhalt: Die Teilnehmenden befassen sich mit dem Begriff Populismus. Was ist das? Welche Gefahren gehen davon aus? Wie bilde ich mir meine Meinung?

Methode: Kurzfilme, Arbeitsblatt, KG, Diskussion

12.30 Uhr Mittagessen

15.00 – 16.30 Uhr und 17.00 – 18.30 Uhr

Inhalt: Umgang mit Parolen

Lernziel: Die Teilnehmenden lernen Strategien im Umgang mit Populismus und Parolen kennen. Sie diskutieren diese in ihrer Anwendung und probieren diese praktisch aus. Wie kann sich eine Gesellschaft schützen?

Methode: KG Arbeit, Rollenspiel, Präsentation der Ergebnisse im Plenum

18.30 Uhr Abendessen

19.30 Uhr Abendprogramm

Freitag 26.04.24: „Unsere Botschaft“

09.00 – 10.30 Uhr und 11.00 – 12.30 Uhr:

„Unsere Botschaft“

Inhalt: die Ergebnisse der Bildungswoche

Lernziel: Teilnehmende reflektieren und treten in den Dialog über ihre Ergebnisse und dem, was eigene Handlungsoptionen sind und was politische Forderungen sein müssten. Sie erarbeiten ein kreatives Banner mit ihren Forderungen für eine solidarische, offene Gesellschaft

Methode: Kleingruppen, kreative Bannergestaltung, anschließend Präsentation im Plenum

12.30 Uhr Mittagessen

13.30 – 15.00 Uhr **„Auswertung des Seminars“**

Inhalt: Übersicht des Programms und der Ergebnisse

Lernziel: Die Teilnehmenden reflektieren den Prozess des Bildungsseminars. Sie stärken ihre Kompetenz, ihre Meinung und Erlerntes in den Dialog einzubringen.

Methode: Paarinterview und Austausch im Plenum

15.00 Uhr Verabschiedung der Teilnehmer und Teilnehmerinnen

Berichterstattung zum bundesweiten Workshop in Fulda am Do. 19. Dez. 2024 auf der Webseite des Nell-Breuning-Hauses (Th. Hohenschue)

Wer Demokratie stärken will, muss redlich Teilhabe und Selbstwirksamkeit ermöglichen

Mit einer bundesweiten Fachkonferenz förderte das Nell-Breuning-Haus die Vernetzung und Verständigung über eine politische Bildung, die besser als bisher Menschen in prekären Kontexten erreicht

Die Demokratie stärken – wie geht das? Der politischen Bildung wird hier eine wichtige Rolle zugeschrieben. Allein wird sie es allerdings nicht richten. Und sie leidet wie der etablierte Politikbetrieb daran, dass sie Menschen in prekären Lebens- und Arbeitslagen kaum erreicht. Eine bundesweite Fachkonferenz lotete Möglichkeiten aus, wie sich das ändern lässt.

Schon der Kreis der Teilnehmenden zeigte auf, dass Zusammenarbeit in der Frage redlicher politischer Bildung vielen Trägern der sozialen Arbeit auf den Nägeln brennt. In Fulda vernetzten sich am 12. und 13. Dezember 2024 Menschen aus verschiedensten Zweigen: aus der freien Wohlfahrtspflege und aus Beschäftigungs- und Qualifizierungsträgern zum Beispiel.

Die Runde einigte sich auf ein gemeinsames Verständnis dessen, wohin die Reise gehen soll. Demokratische Teilhabe, wie sie die fachpolitisch und praktisch aktiven Beteiligten verstehen, beschränkt sich nicht darauf, immer wieder ein Kreuz auf dem Wahlzettel zu machen. Sie läuft vielmehr auf aktive Mitgestaltung von Lebens- und Arbeitsbedingungen hinaus.

Entsprechend ist politische Bildung weit mehr als Staatsbürgerkunde. Sie erschließt Menschen aller Generationen Mitge-

staltungsmöglichkeiten in ihrem Umfeld. Politische Bildung bringt hier einen reichhaltigen Instrumentenkoffer mit. Die Hoffnungen und Erwartungen, die mit aktiver Partizipation verbunden sind, bedeuten allerdings Chancen und Risiken zugleich.

Das gilt noch einmal besonders mit Blick auf die Bevölkerung in prekären Lebens- und Arbeitssituationen. Anders als Menschen aus den Mittelschichten fehlt es ihnen häufig an verlässlichen Selbstwirksamkeitserfahrungen. Wenn sie also ihre Interessen artikulieren, begründete Vorschläge machen und aktiv werden sollen, braucht es dafür Rückenwind.

Je näher man an die Menschen geht, aufsuchend im Viertel, mit Demokratiewerkstätten und Quartiersprojekten, aber auch in Maßnahmen der Beschäftigungsförderung und Integration, umso mehr kann eine solche partizipative Bildung gelingen. Das ist keine Hochglanzarbeit, sondern es geht um nachhaltige Beteiligung und Demokratieerfahrung an der Basis.

Unter diesen Vorzeichen möchte die Vernetzung, die sich in Fulda formierte, weiterarbeiten. Am 17. und 18. Juni 2025 möchte sie mit weiteren Netzwerkpartnern ein Rahmenkonzept für politische Bildung in prekären Kontexten entwickeln und verabschieden. Dieses Konzept soll dann politisch vertreten und in den eigenen Reihen verstärkt umgesetzt werden.

Ort der Fortsetzung wird das Nell-Breuning-Haus in Herzogenrath sein, das im Auftrag der Bundeszentrale für politische Bildung den Auftakt organisiert und moderiert hat. Unter dem Motto „Von der Unsichtbarkeit zur Einflussnahme“ gab es dort bereits einen Tag mit regionalen Akteuren der Arbeitsmarktförderung. Das Thema liegt spürbar auf dem Tisch.

(in: nbh.de/aktuelles/nachrichten/a-blog/Wer-Demokratie-staerken-will-muss-redlich-Teilhabe-und-Selbstwirksamkeit-ermoeglichen/; zuletzt besucht 10.02.25)

Impressum

Autor*innen

Verantwortliche Redaktion: **Dr. Christina Herrmann**,
Fachbereichsleitung Projekte im Nell-Breuning-Haus,
Vorstandsvorsitzende Pro Arbeit in der Region Aachen e.V.

Thomas Hohenschue, freier Journalist und Kommunikations-
berater für Auftraggeber aus dem Gesundheits-, Sozial- und
Bildungswesen im Rheinland

Herausgeber

Bildungs- und Begegnungsstätte Nell-Breuning-Haus e.V.

Wiesenstr. 17, 52134 Herzogenrath, info@nbh.de

www.nbh.de

www.facebook.com/nellbreuninghaus.de

www.instagram.com/nellbreuninghaus.de

youtube@nell-breuning-haus7367

Geschäftsführung Dr. Manfred Körber

So erreichen Sie uns:

Projektmitarbeitende (Kontakte):

Kristina Hamm

kristina.hamm@nbh.de

Dr. Christina Herrmann

christina.herrmann@nbh.de

Dr. Manfred Körber

manfred.koerber@nbh.de

Karin Reisige

karin.reisige@nbh.de

Gestaltung, Layout, Satz: [x7, Ulrike Stehling](#)

Redaktionsschluss: 05.03.2025